

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 213

SONNTAG, 11. Juli 1937

Aus dem Inhalt:
Die Politik Léon Blums
Hitlers Agenten in Spanien
Katholizismus — Landesverrat
Ein Mann gegen Europa

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Am Rande des Abgrundes

Weltkoalition gegen Hitler im Werden

Hitler hat seine Karten auf den Tisch gelegt — mit ihm sein Bundesgenosse Mussolini. Sie wollen die spanische Republik zerschmettern, um Spanien in ihren imperialistischen Machtbereich einzubeziehen. Der Sinn der Verhandlungen, die jetzt noch im Londoner Nichteinmischungsausschuß geführt werden, ist, daß sie von England und Frankreich das Stillhalten bei dieser Operation verlangen. Die Seekontrolle soll aufgehoben werden, aber die Pyrenäengrenze zwischen Frankreich und dem republikanischen Spanien soll weiter gesperrt und kontrolliert bleiben. Sie fordern ein einseitiges Stillehaltungsabkommen.

England und Frankreich haben diese Forderung energisch abgelehnt — aber das offene Stillehaltungsabkommen ist einstweilen ersetzt worden durch schleppende Verhandlungen. Der Faktor Zeit wirkt inzwischen wieder zugunsten der Diktaturen.

Die Gefahr eines neuen europäischen Krieges ist durch den zynischen Angriff der deutschen und der italienischen Diktatur in nächste Nähe gerückt. Solange große Völker die Objekte von despotischen Regierungsmethoden sind, so lange ist an die Organisation eines dauernden Friedens in Europa nicht zu denken.

Das deutsche Volk, das selbst das Opfer eines rechtsbrecherischen Angriffs des neuen deutschen Militarismus ist, sieht dem Ausbruch eines neuen Weltkrieges voll Furcht entgegen. Es billigt in seiner großen Mehrheit weder die Intervention Hitlers in Spanien, noch das weitergehende Hasardspiel, das die Existenz und die Zukunft Deutschlands aufs Spiel setzt, um den Machtwahn der deutschen Diktatoren zu befriedigen. Das deutsche Volk hat heute keinerlei Einfluß auf die Lenkung seiner Geschichte. Die Entscheidung über Krieg und Frieden liegt nicht in der Hand verfassungsmäßiger Gewalten, die aus dem Willen des Volkes hervorgegangen sind — sie liegt heute in der Hand eines einzigen Mannes. Der Gebrauch, den dieser Mann seit 1933 von dieser Allgewalt gemacht hat, läßt das Schlimmste erwarten. Die Allgewalt dieses Mannes ist von der Art, die Deutschland im Weltkrieg beherrschte, und die Feindschaft der ganzen Welt auf Deutschland herabgezogen hat. Die Vernichtung dieser despotischen Macht ist am Ende des ersten Weltkrieges geradezu ein Kriegsziel der Gegner Deutschlands gewesen. Wilson hat am 4. Juli 1918 dieses Ziel in folgende Sätze gekleidet:

»Vernichtung jeder willkürlichen Macht, die für sich allein heimlich und nach eigenem Entschluß den Frieden der Welt stören kann, oder wenn ihre Vernichtung jetzt nicht möglich ist, mindestens ihre Herabdrückung zur tatsächlichen Machtlosigkeit.«

Diese willkürliche Macht hat sich wieder zum Herrn über das deutsche Volk gemacht — schlimmer als zuvor. Sie hat die Organisation des Friedens in Europa zerrissen, sie droht dem deutschen Volke abermals die Feindschaft der ganzen Welt zuzuziehen. Schon heute zeichnet sich ein künftiges Kriegsbandnis aller demokratischen Weltmächte gegen das despotisch regierte Deutschland ab. Die Parteinahme der Vereinigten Staaten von Amerika gegen die willkürlichen Gewalten für die demokratischen Mächte wird immer sichtbarer.

Zur Feier des amerikanischen Unabhängigkeitstages hielt der Botschafter der Vereinigten Staaten in

London eine Rede, die eine Warnung für die Despoten ist. Er erklärte:

»Nach meiner Ansicht ist die Wiederaufrüstungspolitik Englands und Amerikas von größerem Gewicht für die Sicherung des Friedens als alle anderen Maßnahmen der letzten Zeit. Wir haben lange genug, aber erfolglos, das Beispiel echter Friedensliebe gegeben. Heute geben die USA mehr Geld für Rüstungen aus als jemals vorher in Friedenszeiten, desgleichen England, und beide Länder tun dies nicht aus freiem Wunsch und Willen, sondern weil sie gezwungen wurden. Denn wir haben es auf der anderen Seite mit Völkern zu tun, die der Stimme der Vernunft nicht Gehör geben wollen, sondern nur von Blut und Ehre reden und dies schon die kleinsten Kinder gelehrt sehen wollen.

Wenn also kein Argument anerkannt wird außer dem Argument der Gewalt — dann müßten und müssen wir uns auch zu diesem Argument entschließen. Ich hoffe, daß es auch in diesen Despotismen noch Ueberbleibsel von gesundem Denken gibt, daß es wenigstens einzelne Köpfe dort gibt, die jetzt erkennen, was angerichtet wurde, als man England und USA diesen Rüstungswettlauf aufgezwungen hat. Wir haben alles Erdenkliche getan, um ihn zu vermeiden. Aber nun ist das Rennen gestartet und nun müssen wir Briten und wir das Rennen unvermeidlich gewinnen.

Wir hoffen, daß die Kriegsagenten dies noch rechtzeitig erkennen werden, um der Welt eine neue Katastrophe, für deren Umfang ihre Phantasie kaum ausreicht, doch noch zu ersparen.

Die Nationen, die erfolgreich und zufrieden sind, das sind die Demokratien. Die in

ihrer Versklavtheit unbefriedigten Nationen, das sind die Diktaturen. Ich gebe zu, daß man mit sehr viel Berechtigung sagen kann, die Diktatur sei die bessere und wirksamere Methode, einen Krieg zu planen. Aber ich bin ganz sicher, daß die Demokratie die bessere Methode ist, den Krieg zu beenden und zu gewinnen, den Krieg — den sie haßt und verabscheut.«

Rektor Murray Butler von der Columbia-Universität, der nach dem Botschafter sprach, sagte in seiner Rede:

»Das große Prinzip der Unabhängigkeit, für das heute England und USA vereint eintreten, wird heute stärker und gefährlicher bestritten als je in der Geschichte der Menschheit. Das Prinzip wird vom Despotismus in den verschiedensten Verkleidungen politischer Philosophien und Ideologien angegriffen. Es gibt viele unter uns, die sagen, daß die Demokratie und die freiheitlichen Einrichtungen der englisch sprechenden Völker sich gegen diesen reaktionären Angriff — denn vergessen Sie nie, daß diese Ideologien in welcher Farbe immer alle reaktionär, rückwärts gerichtet, mittelalterlich sind — nicht werden behaupten können. Aber Despoten hat es immer gegeben und immer, immer in der Geschichte sind sie vom Fortschritt zurückgeschlagen worden. Denn der Despot lebt nur sich und seine Macht, wer aber die Freiheit liebt, liebt alle Menschen und die Menschheit — und das macht ihn zuletzt unbesieglich stark.«

Die deutschen Despoten sind gewarnt! Der Krieg, den sie planen und vorbereiten, ist nicht zu gewinnen. Namenloses Unglück für das deutsche Volk würde aus ihm her-

vorgehen. Einer der größten deutschen Schriftsteller, Thomas Mann, hat vor wenigen Monaten seine Stimme erhoben, um in prophetischen Worten vor den Konsequenzen der Hitlerpolitik zu warnen. Er rief dem deutschen Volke zu:

»Die reifen und gebildeten Staaten — wobei ich unter »Bildung« die Bekanntheit mit der grundlegenden Tatsache verstehe, daß der Krieg nicht mehr erlaubt ist — behandeln dies große, gefährdete und alles gefährdende Land oder vielmehr die unmöglichen Führer, denen es in die Hände gefallen, wie Aerzte den Kranken: mit größter Nachsicht und Vorsicht, mit unerschöpflicher, wenn auch nicht gerade ehrenvoller Geduld; jene aber glauben, »Politik«, Macht- und Hegemoniepolitik gegen sie treiben zu sollen. Das ist ein ungleiches Spiel. Macht einer »Politik«, wo die anderen an Politik gar nicht mehr denken, sondern an den Frieden, so fallen ihm vorübergehend gewisse Vorteile zu. Die anachronistische Unwissenheit darüber, daß der Krieg nicht mehr statthaft ist, trägt selbstverständlich eine Weile »Erfolge« ein über die, die es wissen. Aber wehe dem Volke, das, weil es nicht mehr ein noch aus weiß, am Ende wirklich seinen Ausweg in den Gott und Menschen verhassten Greuel des Krieges sucht! Dies Volk wäre verloren. Es wird geschlagen werden, daß es sich nie wieder erhebt.«

Die Prophetie droht Wahrheit zu werden. Hitler hat das deutsche Volk an den Rand einer neuen Katastrophe geführt.

Frankreich unter der Hitlerdeckung

Zum Rücktritt Léon Blums

Inmitten der schwersten internationalen Krise seit 1933, bei der es um die Rettung des europäischen Friedens geht, ist die Regierung Léon Blum zurückgetreten. Die Mehrheit der Volksfront in der Kammer und im Lande ist unerschüttert. Aber der Senat, der aus indirekten Wahlen der Gemeinde- und Departementsvertreter hervorgeht und in dem die zur Volksfront gehörenden Radikalen über die Mehrheit verfügen, verweigert der von Sozialisten geführten Regierung das von ihr geforderte Ermächtigungsgesetz zur Ordnung der Finanzen und zur Verteidigung der Währung. Ein schwerer Konflikt zwischen den beiden Kammern kündigte sich an. Er wurde nicht ausgefochten. Ein neues Ministerium der Volksfront wurde unter dem Vorsitz von Chautemps gebildet, der als Vertreter der Radikalen dem früheren Kabinett angehört hatte. Léon Blum selbst gehört ihm als stellvertretender Ministerpräsident an und ebenso fast alle bisherigen sozialistischen Minister. Die Finanzen übernimmt statt Vincent Auriol, der das Justizministerium erhält, der Radikale Bonnet. Und der sozialistische Wirtschaftsminister Spinasse scheidet aus. An die Stelle des Ministeriums mit sozialistischer, tritt jetzt ein solches mit radikaler Führung; die Leitung der Finanz- und Wirtschaftspolitik geht auf die Radikalen über, während die Sozialisten die Verwaltung — Ministerium des Innern und der Justiz — und die Sozialpolitik — Arbeitsministerium — leiten. Das ist die äußere Situation.

Suchen wir nun die innere Bedeutung dieser Wandlung zu ergründen, so kann dies nicht ohne kritische Stellungnahme zur Politik Léon Blums und der französischen Partei geschehen. Sie fällt uns nicht leicht. Denn Blum ist eine der hervorragendsten Gestalten des internationalen Sozialismus. Hingebung an die sozialistische und demokratische Idee, Uneigennützigkeit und Fertigkeit des Charakters, leidenschaftliche Liebe und tiefes Vertrauen zur Arbeiterklasse verbindet sich mit hoher Intelligenz, mit reifer, politischer Erfahrung und einer umfassenden Kultur. Aber die Sozialdemokratie ist, wenigstens bis zum Kriege, nicht eine Partei der Propaganda, sondern eine Partei der Erkenntnis gewesen, und gerade in diesen verwirrten und bedrängten Zeiten kommt alles darauf an, wieder zur Erkenntnis — und mag sie fürs erste noch so bitter sein — zurückzufinden. Denn nur ein Volk, das sich nicht betören läßt, sondern stets der Grenzen seiner Kraft bewußt bleibt und damit der Grenzen des jeweils in Politik und Wirtschaft Möglichen, ist der demokratischen Selbstverwaltung fähig und der Freiheit würdig.

Die Versäumnisse der französischen sozialistischen Politik legen weniger in der Regierungs- als in der Oppositionszeit zwischen 1933 bis 1936. Der Sieg Hitlers, dessen ganze umwälzende Bedeutung im Ausland vielleicht schwerer begriffen werden

konnte als von uns, bedeutete ja nicht nur die Vernichtung des politischen Einflusses der deutschen Arbeiterbewegung; er vollendete nicht nur die Ausschaltung der Demokratie in dem ganzen Gebiet vom Ural bis zum Rhein, bis auf die kleine tschechoslowakische Insel; er beraubte so nicht nur die Arbeiter-Internationale jedes Einflusses in diesem riesigen und entscheidenden Gebiet und damit einer wesentlichen Grundlage ihrer auswärtigen Politik; diese Wirkung erstreckte sich auch unmittelbar auf die Stellung der intakten sozialdemokratischen Parteien des Westens. Denn Hitlers Sieg bedeutete einen völligen Umsturz der internationalen Politik, den Beginn des Angriffs auf die europäische Friedensordnung, die Stärkung der beiden anderen aggressiven Mächte, Japans und Italiens. Damit erhielt die auswärtige Politik, die jetzt wieder zur elementaren Frage Krieg oder Frieden wurde, das absolute Primat, die unbedingte Vorherrschaft, über die innere Politik und alle ihre Probleme. Das ist aber eine tragische Situation für den Sozialismus. Denn das Erscheinen und das Erstarken der aggressiven Mächte zersprengt nicht nur die bisherige Außenpolitik des Sozialismus — Abrüstung, Schiedsverfahren, kollektive Sicherheit —, sondern erfordert für die Abwehr des drohenden Angriffs, dessen Gelingen zugleich der Untergang der Freiheit wäre, die Konzentration aller Abwehrkräfte in der Hand des Staates, seine Erfüllung

mit einem entschlossenen Abwehrwillen, hinter dem aber auch alle moralischen und vor allem alle materiellen Machtmittel stehen müssen.

Doch damit nicht genug! Auch die Stellung der Arbeiterparteien in der inneren Politik erfährt zwangsweise eine Aenderung. In der Zeit der Bedrohung durch die Diktaturen können sich die Demokratien schwere innere Erschütterungen, stürmische soziale Auseinandersetzungen oder gar Bürgerkriege nicht erlauben; sie werden sonst zur Beute des auswärtigen Angreifers. Eine Revolution in den Demokratien wäre ein Glücksfall für Hitler und Mussolini. Die Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Arbeiterparteien auch in der inneren Politik wird sichtbar.

Die französischen Sozialisten haben ebenso wie die englische Arbeiterpartei die umwälzende Bedeutung der deutschen Katastrophe erst spät erkannt. Allzu lange verharrten sie in der Abrüstungs-ideologie. Statt die Führung in der nationalen Gegenwehr zu übernehmen, trugen sie dazu bei, in den entscheidenden Jahren 1933, 1934, 1935 jede energische Gegenaktion zu verhindern, damals, als die deutsche Aufrüstung noch leicht ohne Kriegsrisiko gehemmt werden konnte. Gingen die französischen Sozialisten zwar nie so weit wie zuzeiten die Labour Party unter der unwahrscheinlichen Führung des unwahrscheinlichen Lansbury, so reichte ihre Haltung nicht aus, um in jenen entscheidenden Jahren vor der Rheinlandbesetzung die französische Politik zum Handeln zu bestimmen, und in den Tagen der Rheinlandbesetzung selbst, in dem vielleicht letzten Moment, wo ein Eingreifen noch möglich war, verhinderte ihre Intervention ein energisches Vorgehen. Die französische Partei war — Léon Blum selbst hat es einmal anerkannt — das Opfer der mutigen antinationalistischen, europäischen und pazifistischen Politik geworden, die sie in den Jahren nach dem Krieg mit steigendem Erfolg gegen jeden Chauvinismus geführt hatte.

Seit dieser Zeit, seit der ohne Widerstand hingenommenen Rheinlandbesetzung, war Frankreichs auswärtige Politik nicht mehr frei. Die Machtverhältnisse hatten sich so geändert, daß Frankreich auf die engste Zusammenarbeit mit England angewiesen ist. Das schließt in sich ein, daß die Grenzen der auswärtigen Aktionsfähigkeit beider Mächte gegenwärtig in höherem Maße in London als in Paris, stärker von der konservativen englischen als von der französischen Volksfrontregierung bestimmt wird — eine Schranke, die sich in der Führung der spanischen Politik allzu stark fühlbar machte.

Aber nicht an der auswärtigen Politik, die vielmehr die überwältigende Mehrheit Frankreichs hinter sich hatte, sondern an der Finanzpolitik entschied sich das Schicksal der Regierung Blums. Auch dabei handelt es sich nicht allein um eine innerpolitische Tatsache. Die Aufrüstungspolitik zwingt alle Staaten, einen wachsenden Teil des Sozialprodukts und erst recht der Staatseinnahmen der unproduktiven Rüstungslast zu opfern. Das schränkt den Spielraum für die soziale Fürsorge und die Verbesserung der Lebenshaltung in einem bestimmten Umfang ein, ohne Unterschied der Verfassungsverfassung, wie das russische Beispiel zeigt.

Die französischen Finanzen waren seit dem Einsetzen der Wirtschaftskrise in steigender Unordnung. Die Vorgänger Blums bemühten sich zwar durch Erhöhung der Steuern und durch Einschränkung der Ausgaben der steigenden Defizite und der zunehmenden Schuldenvermehrung Herr zu werden. Aber diese Anstrengungen, mit geringer Kraft von rasch wechselnden Regierungen unternommen, hatten keinen entscheidenden Erfolg. Die Situation wurde noch periodisch verschärft durch die immer wieder einsetzende Kapitalflucht, die durch die Währungsbedürfnisse hervorgerufen wurde und den Goldschatz von ca. 80 Milliarden auf 60 Milliarden Franken reduzierte.

Der Politik des Budgetgleichgewichtes, der strengen Ordnung des Staatshaushaltes auch mit harten Maßnahmen hatten Blum und Auriol unter dem Einfluß englischer Nationalökonomien und vor allem des Beispiels Roosevelts eine andere entgegen gesetzt. Eine Hebung der Massenkaufkraft durch ausreichende Lohnerhöhungen und Steigerung der Agrar-

Wer ermordete Alexander und Barthou?

Ein Todesurteil in Berlin.

Am 9. Oktober 1934 wurden in Marseille König Alexander von Serbien und der französische Außenminister Barthou ermordet. Der Mörder kam dabei selbst ums Leben, gegen seine nächsten Hintermänner wurde ein Prozeß geführt, der aber wieder vertagt wurde. Mit der Vorgeschichte und den Hintergründen des Attentats beschäftigt sich in aufsehenerregender Weise ein Buch von Ernst Henry. »Feldzug gegen Moskau«, das soeben in Uebersetzung aus dem Englischen bei den Editions du Carrefour erschienen ist.

Nach der Darstellung dieses Buches war der Mörder Wlada Georgiew, als Abgesandter des bulgarischen Geheimbundes »IMRO« in der Leitung der kroatischen »Ustaschi« tätig. Georgiew war der besondere Vertrauensmann Michallows, eines Häuptlings der »IMRO«. An der Spitze der »Ustaschi« stand Pawelitsch, der schon vor alter Zeit her zu dem Organisator des Mordes an Erzberger, Manfred von Killinger, Beziehungen unterhielt. Nach der Macht ergreifung Hitlers übersiedelte Pawelitsch mit seinen nächsten Mitarbeitern Dr. Jelitsch und Kwaternik nach Berlin und hier begannen auch die drei Zeitungen der kroatischen Terroristen zu erscheinen, die »Nezavisnina Hrvatska Drzawa« (Unabhängiger Kroatischer Staat), der »Ustaschi« und die »Kroatia-Press« (Propagandakorrespondenz für das Ausland). Der offizielle Herausgeber der letzteren war Dr. Gerhard Rätzer, Mitglied des »Außenpolitischen Amtes der NSDAP«.

Um die Mitte 1934 nahm das Zentralkomitee der »Ustaschi« folgende Resolution an — diese Resolution wurde in der Berliner »Nezavisnina Hrvatska Drzawa« offen abgedruckt:

»Wir verurteilen Alexander Karageorgewitsch zu Tode.

Die kroatischen Insurgenten haben diesen Beschluß in der kürzesten Frist zur Ausführung zu bringen... Unser Führer (Pawelitsch)! Wir bitten Dich, den Insurgenten-Gruppen zu befehlen, dieses Urteil schnellstens zu exekutieren. Die Revolution wird kommen und wird ganz Europa bis auf den Grund erschüttern. Wir werden unseren letzten Tropfen Blut vergießen, aber nicht länger warten.«

Im August 1934 erklärte die »Kroatia-Press«, das Blatt, dessen erster Herausgeber der »Referent« Rosenbergs, Dr. Rätzer, war:

»Mögen Barthou, König Alexander, Benesch und Titulescu sich nicht einbilden, daß man ihnen erlauben wird, mit den übrigen Völkern nach ihrem Gefallen zu jonglieren. Uebrigens wird sie das Schicksal selbst bald davon überzeugen. Noch sind die Stunde, die Minute und der Ort nicht bekannt,

wo die tödliche Bombe der Ustaschi explodieren wird...

Alexander der Letzte erwartet im tödlichen Schrecken den Schlag der Ustaschi. Aber es ist schon bekannt, daß das kroatische Volk nur eines Signals von Pawelitsch harret, um zu den Waffen zu greifen und seine Schande mit Blut abzuwaschen.«

preise sollte der darniederliegenden Wirtschaft den notwendigen Auftrieb geben. Die neue Prosperität der Wirtschaft würde die Steuereinnahmen steigern, das Defizit im ordentlichen Haushalt zum Verschwinden bringen und das wiederkehrende Vertrauen die Aufnahme von Anleihen zur Deckung der außerordentlichen Rüstungsausgaben erlauben. Nicht Einschränkung, sondern Erweiterung der Staatsausgaben werde das Ende der Krise herbeiführen. Als Minister setzten Blum und Auriol das, was sie in der Opposition vertreten hatten, in die Praxis um. Ein großer Teil der von ihrer Vorgängerin gemachten Einsparungen wurde beseitigt, namentlich soweit es sich um Ersparnisse an Sozialausgaben, Löhnen und Gehältern handelte; große Summen wurden für Arbeitsbeschaffung ausgeworfen, während gleichzeitig für Rüstungsausgaben hohe Milliardenbeträge zur Verfügung gestellt werden mußten. Die Lohnsteigerungen und die rasche Einführung der Vierzigstundendenwoche trieben die Selbstkosten der französischen Produktion in die Höhe, ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt litt, das Defizit der Handelsbilanz nahm zu. Eine Devaluation des Francs um ca. 30 Prozent sollte das gestörte Gleichgewicht wiederherstellen. Aber auch diese Erwartung wurde getäuscht. Das Vertrauen stellte sich nicht ein, die An-

in den ersten Tagen vom Oktober verließen Pawelitsch und Kwaternik Berlin. Am 9. Oktober ermordete Wlada Georgiew, »Instruktör des Oberstabs der »IMRO«, Delegierter Michallows in der Leitung der »Ustaschi«, Verbindungsmann zwischen den Balkan-Irredentisten und der »Tecz« in Budapest, ein Offizier in der geheimen Armee der faschistischen Revisionisten, den König von Jugoslawien und den Außenminister der französischen Republik, und zahlte dafür mit seinem Leben.

Der Mord als Sensationsfilm

Die deutschen Geschworenen sollen Rache üben — nicht richten.

Wir brachten kürzlich die Nachricht, daß die deutschen führenden Kreise sich gelegentlich Hinrichtungsfilme vorführen lassen. Die Meldung kam aus zuverlässiger Quelle. Sie wurde dennoch mit Skepsis aufgenommen. Man konnte sich im Ausland nicht vorstellen, daß dieser Grad der Verrohung in einem ehemals zivilisierten Staate möglich sei. Heute veröffentlichten wir eine Meldung aus einer reichsdeutschen Zeitung, die aufs neue beweist, wie verkommen das System ist.

Das Königsberger Schwurgericht hatte einen Mörder abzuurteilen. Der Staatsanwalt beantragte Todesstrafe — der Spruch der Geschworenen lautete: Tod. Aber eines war neu an dieser Verhandlung. Der Angeklagte begnügte sich nicht damit, den Laienrichter Motive und Umstände der Tat darzustellen und dann an ihr Rechtsempfinden zu appellieren. Es geschah etwas ganz anderes — die Geschworenen wurden zunächst in einen Rauschzustand versetzt, in den Rauschzustand der Rachelust. Wir geben der »Preußischen Zeitung«, Königsberg (Nr. 182, 4. Juli 1937) das Wort:

»Bei der Verhandlung vor dem Schwurgericht wurde erstmalig ein Schmafilm vorgeführt, der in allen Einzelheiten den Tatvorgang wiedergab.

Der Film zeigt das Gasthaus, in dem der Ermordete mit dem Mörder kurze Zeit vor der Tat gezecht hat, zeigt das Wäldchen, in dem die Tat ausgeübt wurde und gibt schließlich in einer an wirklichkeitnahen Rekonstruktion die Tat selbst wieder. In diesem seltsamen Bildstreifen »spielte« der Mörder Koltin selbst mit. Noch einmal muß er das furchtbare Verbrechen in allen seinen Einzelheiten durchmachen, noch einmal mit der gefüllten Bierflasche die wichtigen Schläge markieren, durch die der Kantor Rusch getötet wurde. Den Kantor »spielte« in dem Schmafilm ein Kriminalbeamter. Man kann sich bei der Vorführung des Films eines Grauens nicht erwehren, zumal, wenn man die hilflosen Bewegungen des Mörders sieht, der scheinbar vollkommen automatisch sein Verbrechen wiederholt, sein Todesurteil vor Augen. Doch sind hier keine überflüssigen gefühlsmäßigen Empfindungen am Platze, dient doch der Bildstreifen — was man sich immer wieder vor Augen halten muß — lediglich dazu, einen Verbrecher der harten und gerechten Strafe zuzuführen.«

Keineswegs dient er der Wahrheitsfindung, denn die Wahrheit war schon gefunden, als die abscheuliche Komödie aufgeführt wurde. Besonders stolz fügt die Zei-

tung hinzu, daß der Presse Gelegenheit gegeben worden sei, den Film zu sehen. Presse und Gericht haben sich »äußerst anerkennend ausgesprochen«.

»Sicherlich wird der Weg, der mit der Herstellung dieses Films von der Königsberger Kriminalpolizei beschritten wurde, weiter verfolgt werden.

Sicherlich werden bald alle Geschworenen in Deutschland Gelegenheit haben, ihre Phantasie an grauenvollen Mordbildern zu weiden. Sicherlich wird der Sadismus des deutschen »Rechtswaherstandes« im Laufe der Zeit noch weit schönere Blüten treiben, sicherlich ist man in Deutschland von der Hinrichtung auf öffentlichem Platze und im Dienste der Volksbeustigung nicht mehr weit entfernt. Vielleicht wird auch den politischen »Verbrecher« zugemutet werden, ihre Tat vor der Kamera zu wiederholen? So zu »wiederholen«, wie sie vom Ankläger umgefälscht oder frei erfunden wurde?

Hitler saniert den Großgrundbesitz!

In »Wirtschaft und Statistik« (1937, 1. Juniheft) wird eine Uebersicht über die Zwangsversteigerungen land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke im Jahre 1936 gegeben. Die Aufgliederung der durchgeführten Zwangsversteigerungen nach Größenklassen und der Vergleich mit früheren Jahren vermittelt recht interessante Aufschlüsse. Führt sie doch zu der Feststellung, daß seit dem Jahre 1934 die Zwangsversteigerungen landwirtschaftlichen Klein- und Kleinsitzes stark zugenommen haben, während die Zwangsversteigerungen von Großgrundbesitz abgenommen haben.

Es gab Zwangsversteigerungen:

	1936	1933
unter 2 ha . . .	1075	662
2 bis 5 ha . . .	395	321

Die Zwangsversteigerungsfälle mit einer Fläche bis zu 5 Hektar sind also von 1933 bis 1936 von 983 bis 1936 von 983 auf 1470 gestiegen. Das ist eine Zunahme um mehr als 52 Prozent!

Dagegen haben die Zwangsversteigerungen mit einem Besitz von über 100 ha in den gleichen Jahren von 57 auf 42 Fälle abgenommen. Das entspricht einem prozentuellen Rückgang von 26 Prozent!

Während also die Großgrundbesitzer durch die nationalsozialistische Agrarpolitik sich weitgehend sanieren konnten, hat sich der Druck auf die Kleinlandwirte in den Jahren der Hitlerdiktatur weiter verschärft: um 52 Prozent mehr kleinbäuerlicher Besitz ist 1936 unter den Hammer gekommen als 1933!

Im Jahre 1932 war der Großgrundbesitz mit über 100 ha im Vergleich mit dem landwirtschaftlichen Kleinbesitz an den durchgeführten Zwangsversteigerungen mit 8,1 Prozent beteiligt, 1936 waren es nur noch 2,3 Prozent!

So hat Hitler den Großagrariern die Hilfestellung bei der Aufrichtung seiner Diktatur über das unglückliche deutsche Volk reichlich gelohnt!

lehmärkte versagten sich den Staatsbedürfnissen, der Goldabfluß verstärkte sich. In dieser Situation verlangte die Regierung Blum weitgehende Vollmachten, um durch Bekämpfung der Spekulation, durch Einführung neuer Steuern, durch Maßnahmen zur Zurückführung der Fluchtkapitalien die Finanz- und Währungsfrage zu retten. Die lange verweigerte Notwendigkeit der Herstellung des Budgetgleichgewichtes, der rechtzeitigen Deckung der Ausgaben, wurde jetzt anerkannt. Es war zu spät.

Was der Senat Blum und Auriol verweigert hat, hat er Chautemps und Bonnet gewährt, nachdem dieser, ein Anhänger der alten klassischen Grundsätze der Finanz- und Währungspolitik, die Finanzlage rücksichtslos dargestellt hat. Darnach beträgt das Budgetdefizit im ordentlichen Etat 1937, das Auriol auf $4\frac{1}{2}$ Milliarden Francs geschätzt hatte, zwischen 7 und 8 Milliarden. Die Anleihebedürfnisse zur Deckung der zur Einlösung kommenden kurzfristigen Schulden und der außerordentlichen Ausgaben betragen etwa 27 Milliarden. Die neuen Währungsbedürfnisse haben im Juni zu einem Goldverlust von 7,5 Milliarden Francs geführt. Da angesichts der internationalen Lage eine weitere Verminderung des Goldbestandes nicht zulässig erscheint, so hat

die neue Regierung die Bindung des Francs an das Gold zunächst beseitigt; der Franc wird aufs neue devalviert. Andere einschneidende Maßnahmen zur Verringerung des Defizits und der Ausgaben stehen bevor. So schwer die Situation auch augenblicklich ist, so kann sie zweifellos gemeistert werden, wenn die französischen Massen die Unvermeidlichkeit einsehen, unentrinnbaren Notwendigkeiten zuzustimmen.

Léon Blum hat die Bildung der Regierung Chautemps mit allen Kräften unterstützt. Er tat das gegen die Meinung eines großen Teiles der Partei, die das Verbleiben Blums an der Spitze der Regierung und die Aufnahme des Kampfes gegen den Senat forderte. Man darf annehmen, daß es die Rücksicht auf die gefährdende außenpolitische Situation war, die das Verhalten Blums bestimmte. Sie läßt nicht Raum für die Austragung tiefergehender innerer Konflikte und fordert mehr denn je geordnete finanzielle Verhältnisse. Wenn die französische Arbeiterbewegung in dem glänzenden Aufstieg, den sie unter der Führung der Regierung Blum nehmen konnte, jetzt eine jähe und schmerzliche Hemmung erfährt, so ist auch sie in letzter Linie das Opfer des Sieges Hitlers. Dr. Richard Kern

Kanonen wichtiger als Landarbeiterwohnungen

Landflucht im Dritten Reich

Die »Leutenot« auf dem Lande bereitet dem Regime fast noch mehr Sorge als der Facharbeitermangel in der Stadt.

Am 1. Februar schrieb der »Nationalsozialistische Wirtschaftsdienst«:

»Der Landarbeitermangel gibt namentlich im Osten des Reiches zu schweren Sorgen Anlaß. Die Zahl der Landarbeiter in Deutschland ist mit 2.257.231 Köpfen nach der Zählung von 1933 schon an sich zu niedrig. Die starke Beschäftigung der Industrie und des Baugewerbes sowie der Wehrpflicht ziehen außerdem automatisch Kräfte aus der Landwirtschaft heraus.«

Man muß also annehmen, daß entweder die Arbeitsämter die Landflucht begünstigen, um Facharbeiter an Stellen zu ersetzen, wo Facharbeit nicht dringend erforderlich ist, oder daß die Landarbeiter zwar auf dem Lande bleiben, weil die amtliche Sperre sie verhindert, in der Stadt Arbeit zu suchen, aber dem Gutshof Ade sagen, um sich beim Straßenbau oder ähnlichen Arbeiten beschäftigen zu lassen. Denn selbst die Straßenarbeiter werden immer noch besser entlohnt als die Gutsknechte. In der amtlichen Zeitschrift »Arbeit und Arbeitslosigkeit, Anzeiger der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung« (Nr. 11, 11. Juni 1937) wird sehr anschaulich geschildert, wie sich die »Leutenot« auf die Frühjahrsbestellung dieses Jahres ausgewirkt hat. Man wird bei dieser Schilderung sehr lebhaft an die Zeit des Krieges erinnert, da das Volk mehr noch als durch die Abschneidung der Zufuhr vom Ausland durch das Fehlen von Arbeitskräften zur Bestellung des heimischen Ackers ausgehungert wurde, und man fragt sich, was im Ernstfall werden soll, wenn schon in der Zeit der Kriegsvorbereitung die Arbeitskräfte auf dem Lande fehlen.

Da es an berufskundigen Landarbeitern mangelt, muß man trachten, sie durch beruhsfremde, für die Landarbeit wenig geeignete Kräfte zu ersetzen. In »Arbeit und Arbeitslosigkeit« heißt es:

»Insbesondere wurden nach Erschöpfung des Angebots an einsetzfähigen Landarbeitern die noch vorhandenen Arbeitslosen aus anderen Berufsgruppen auf ihre Einsatzfähigkeit in der Landwirtschaft eingehend überprüft. Auf diese Weise gelang es, noch eine größere Anzahl von Arbeitskräften den landwirtschaftlichen Betrieben zur Verfügung zu stellen.«

Anstatt der einsetzfähigen Landarbeiter werden also Nichteinsatzfähige eingesetzt. Das Reservoir der Nichteinsatzfähigen sind vor allem Arbeitslose und Jugendliche. Deshalb wird »die Überprüfung der Arbeitslosen in Verbindung mit einer großzügigen Werbung für die Aufnahme landwirtschaftlicher Arbeit mit allem Nachdruck weiter fortgesetzt werden« und »daneben die Bemühungen, Jugendliche für die landwirtschaftliche Arbeit zu gewinnen«. Da das aber längst nicht ausreicht, wird diese Werbung selbst auf die beschäftigten Industriearbeiter ausgedehnt. Die Arbeitsämter haben »Verhandlungen mit Betriebsführern nichtlandwirtschaftlicher Unternehmungen mit dem Ziel geführt, während der Erntezeit diejenigen Gefolgschaftsmitglieder, die landwirtschaftliche Arbeit verstehen, zur vorübergehenden Arbeitsleistung in Landwirtschaft zu beurlauben«. Bei dem Mangel an Arbeitern in der Industrie dürfte das Ergebnis recht schmal sein. Im Notfall greift man zum letzten Mittel, indem »von der Möglichkeit des Einsatzes des Arbeitsdienstes in Großbetrieben und bäuerlichen Betrieben Gebrauch gemacht wird«. Allerdings nur »soweit erforderlich«. Aber aus dem Bericht der Reichsanstalt geht hervor, daß in den meisten ländlichen Bezirken das Erfordernis dieser Notlösung eingetreten war. So wird aus Ostpreußen gemeldet, daß dort »der Mangel an jugendlichen männlichen und weiblichen Kräften noch größer geworden« sei und daß »dank der von den Arbeitsämtern eingeleiteten Maßnahmen 6000 Jugendliche für landwirtschaftliche Arbeitsstellen gewonnen werden konnten«. Das ist nicht gerade viel. In Schlesien mußten für die Rüben- und Flachsarbeiten sowie zum Teil auch für die beginnende Heuernte Arbeitskräfte aus anderen Berufsgruppen eingesetzt werden. Aber »die Betriebsführer stellen verständlicherweise solche Kräfte nur ungern ein«. In Brandenburg konnte der Kräftebedarf »trotz größter Anstrengungen der Arbeitsämter nicht gedeckt werden«. Deshalb mußte »vielfach, da andere Möglichkeiten für die Beschaffung der benötigten Kräfte nicht bestanden, der Arbeitsdienst eingesetzt werden«. »Auch in Pommern konnte die starke Nachfrage nach ledigen männlichen und weiblichen Arbeitskräften trotz Herinholung einer großen An-

zahl Jugendlicher aus anderen Landesamtsbezirken nicht gedeckt werden.« In der Nordmark nahmen der Kräftebedarf und der Arbeitermangel ebenfalls noch weiter zu, und es mußte, »da die Gestellung von Wanderarbeitern in ausreichendem Maße nicht möglich war, auf den Arbeitsdienst zurückgegriffen werden«. In Südwestdeutschland wurden sogar »in vielen Fällen Schulentlassene an Stelle von Jungknechten eingestellt, um wenigstens für leichtere Feld- und Hofarbeiten eine Hilfskraft zu haben«. Aus Hessen wird berichtet, daß die Unterbringung älterer, fremdberuflich tätig gewesener Arbeitskräfte nach wie vor Schwierigkeiten bereitet. Erst recht sind die jugendlichen Landhelfer mehr unerwünschte Gäste als eine Hilfe für die Landwirte. Was aber das Landhelferdasein für die Jugendlichen selbst ist, sagt mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit folgender Satz des Berichtes:

»Die Bestrebungen der Arbeitsämter, städtische Jugendliche durch geeignete, den Unterstützungsbezug ihrer Eltern betreffende Maßnahmen zur Aufnahme landwirtschaftlicher Arbeit zu veranlassen, hatte nur geringen Erfolg.«

Mit anderen Worten: die Eltern ertragen lieber die Kürzung der ohnehin kärglichen Arbeitslosenunterstützung, als daß sie ihre Kinder der seelischen und körperlichen Verwahrlosung des Landhelferdaseins aussetzen.

Sogar der »Nationalsozialistische Wirtschaftsdienst« muß zugeben, daß der Arbeitsdienst mehr eine Plage als eine Hilfe für die Landwirte ist, die sicherlich sonst mit Freuden diese Armee unfreiwilliger Lohndrücker gegen die Landarbeiter ins Feld führen würden. Er schreibt am 1. Februar:

»Der gute Wille der Hitlerjugend und des weiblichen Arbeitsdienstes voll in Rechnung gestellt, als Landhelfer ihre Pflicht zu tun, so kann er nur teilweise den Mangel voll einsetzfähiger Landarbeiter ersetzen. Es muß den Wurzeln des Übels, der Landflucht des Arbeiters, nachgegangen werden.«

Das Übel heißt nur »teilweise mangelhafte Entlohnung«, mehr noch sind es die »teilweise katastrophalen Zustände« der Landarbeiterwohnungen. Hier sei »mit größter Energie durchzugreifen, sei es selbst unter Einsatz dann teilweise verlorener öffentlicher Mittel, damit nicht ganze Landarbeiterfamilien von zehn und mehr Köpfen in einer Stube hausen müssen«. Inzwischen ist denn auch energisch durchgegriffen worden. General Göring hat am 10. März eine

Verordnung erlassen, wonach die Landwirte zum Bau von Landarbeiterwohnungen außer niedrig verzinslichen Darlehen auch noch Reichszuschüsse à fonds perdu in der Höhe von einem Viertel des Darlehens bekommen sollen. »Die vorhandenen Mittel dürften ausreichen, um etwa 8000 bis 10.000 Wohnungen für Landarbeiter zu errichten.« Das stellt der »Nationalsozialistische Wirtschaftsdienst« fest, aber nach der gleichen Quelle ist »soeben von sachverständiger Seite die Gesamtzahl der auf dem Lande fehlenden Landarbeiterwohnungen auf 350.000 geschätzt« worden. Wie könnte man auch dem Wohnungselend auf dem Lande abhelfen, wenn man den Wohnungsbau in der Stadt wegen mangels an Eisen einstellen muß! Kanonen sind eben wichtiger nicht nur als Butter, sondern auch als Wohnungen für Landarbeiter. G. A. F.

Des Dritten Reiches Janus' opf

Auf dem römischen Kapitol stand der zweigesichtige Kopf des Gottes Janus. Das eine seiner Gesichter verkündete den Römern, daß Krieg sei, das andere, daß Frieden herrsche. Auch das Dritte Reich trägt einen Januskopf, der, je nachdem, dieses oder jenes Gesicht zeigt. Das kriegerische ist das wahre, das friedliche eine Maske. Jenes zeigt man, wenn es gilt, das Volk seelisch für den »Ernstfall« zu präparieren und von eigener Schuld abzulenken, dieses, wenn man der übrigen Welt zeigen will, daß alle Kriegsvorbereitung nur dem Willen zum Frieden entspringt.

Vor kurzem tagte in Berlin der Kongreß der Internationalen Handelskammer. Dort sprach der Textilindustrielle Abraham Frowein, Präsident der deutschen Gruppe der Internationalen Handelskammer, über »Deutschlands Beitrag zum Wiederaufbau der Weltwirtschaft«. Er sagte:

»Der Sinn des Vierjahresplanes ist nicht etwa gewollte Abschließung vom Ausland, sondern die Erschließung und Nutzbarmachung eigener Quellen. Wenn durch die Erschließung dieser Quellen die Produktion auf vielen Gebieten ganz wesentlich gesteigert wird, so bedeutet das keineswegs, daß nunmehr Deutschland weniger Waren aus anderen Ländern zu beziehen beabsichtigt oder beziehen kann... Auch der Vierjahresplan wird in seinen Auswirkungen im Sinne des Fortschritts der Menschheit mehr Güter nicht nur für die eigene Bevölkerung, sondern auch für den Austausch mit der Welt schaffen. Er ist kein Hindernis für die Ausdehnung des Güter-

austausches zwischen den Völkern und kein Zeichen dafür, daß Deutschland sich von der übrigen Welt abzuschließen beabsichtigt.«

Ganz anders klang, was Reichsminister Heß am 13. Oktober vorigen Jahres in Hof sagte, als er dem Volke die Wege zeigen wollte, die »uns der Führer gewiesen«. Einer dieser Wege war:

»Erzeugung der notwendigen Rohstoffe im eigenen Lande, soweit dies irgendwie möglich ist. Bereits sind Fabriken im Bau, die uns in kurzer Frist auf manchen Gebieten unabhängig machen werden. Dabei kann das Ausland über eines beruhigt sein: mittels der Rohstoffe aus eigenen Gebieten und mittels der selbst erzeugten Rohstoffe werden wir nicht dazu übergehen, den Export neuerdings zu steigern und dabei erst recht in den Wettbewerb zu treten.«

Das klingt nicht gerade nach »Ausdehnung des Güteraustausches zwischen den Völkern«.

Noch deutlicher hatte es einige Monate zuvor Reichsminister Gobbels auf der Leipziger Messe gesagt:

»Deutscher Erfindergeist und deutsche Willenskraft haben es verstanden, zahlreiche natürliche Rohstoffe durch gleichwertige oder gar überlegene künstliche zu ersetzen... Was ist die logische Folge der Erfindung solcher hochwertiger künstlicher Werkstoffe? Doch nur die, daß die entsprechenden natürlichen Rohstoffe überflüssig werden und keinen Absatz mehr finden. Man kann sich ohne viel Phantasie vorstellen, was es für die Rohstoffländer bedeutet. Grauenvoll ansetzende Arbeitslosigkeit, Hunger und soziale Erschütterungen müssen die Folgen sein.«

Inzwischen hat sich allerdings das Blatt ein wenig gewendet, denn die Welt leidet nun mehr unter Mangel als unter Ueberfluß an Rohstoffen. Was nichts daran ändert, daß von der Welt durch Aushungerung erpreßt werden sollte, was sie freiwillig nicht hergeben will.

In Nürnberg verkündete der Führer selbst seinen unerschütterlichen Willen zu Deutschlands Rohstofffreiheit, erklärte also der Welt den Wirtschaftskrieg. Aber auf dem Kongreß der Internationalen Handelskammer sprach Herr Frowein sein Vertrauen aus, »daß dieser Kongreß und die Fühlungnahme der Kaufleute aus aller Welt untereinander dazu führen wird, die friedlichen Absichten Deutschlands und seines Führers zu erkennen, den Eindruck mitzunehmen, daß Deutschland den Wunsch hat, gesunde und gefestigste Wirtschaftsverhältnisse zu schaffen«.

Es besteht also ein Widerspruch zwischen den Worten von Deutschlands Führern und ihrer Auslegung vor einem Forum ausländischer Kaufleute. Spruch und Widerspruch gehören aber zueinander wie die beiden Seiten einer Medaille, denn sie sind beide auf den gleichen Zweck gerichtet.

Die „Aushöhlung“ des Mittelstandes

Nicht zu rechtfertigende Bevorzugung der Großbetriebsform

Der Vierjahresplan ist ganz oder fast ganz ein Appell an die Großkonzerne der Schwerindustrie und Chemie. Die industrielle Autarkie läuft auf eine Privilegierung und versteckte Subventionierung jener Mammutunternehmungen hinaus, die Gottfried Feder ursprünglich hatte verstaatlichen wollen. Der »Nationalsozialistische Wirtschaftsdienst«, dessen Schriftleitern das Vorrecht eingeräumt ist, ohne Gefahr, die Redaktionstube mit dem Konzentrationslager vertauschen zu müssen, dem bedrängten Herzen einiger wirtschaftstheoretisch interessierter Nazis Luft machen zu lassen, stellt denn auch fest, »daß die Aufsaugung namentlich mittlerer Unternehmer seit 1930 immer noch weiter geht, und zwar weit über das Maß und den Umfang hinaus, der produktions- und absatztechnisch im Interesse des Fortschritts und Wiederaufbaus der Wirtschaft geboten wäre. Diese Machtentwicklung der Großkonzerne hält der »Nationalsozialistische Wirtschaftsdienst« überraschender und liberalistischer Weise für eine »historische bedingte Gegebenheit«, die es aber doch eigentlich im »totalen Staat« nicht geben sollte, und meint, es seien »neuerdings aus der Devisen- und Rohstoffbewirtschaftung sowie dem 2. Vierjahresplan herrührende weitere Momente getreten, die den mittleren Unternehmer abermals bedrohen.« Der bürokratische Apparat, den heute fast alle Unternehmer zu diesem Behufe beschäftigen müssen, sei in letzter Zeit im Verhältnis zu den produktiven und finanziellen Kräften selbst besserer Mittelunternehmungen so belastend geworden, der Aufwand an Energie und Arbeitslast so erheblich, daß die fruchtbare Initiative dadurch erdrückt wird. Dazu kommt, daß die Versorgungsmöglichkeiten der Großbetriebe mit in- und ausländi-

sehen Rohstoffen aus finanziellen und aus ganz einfach zu erklärenden Trägheitsmomenten des Ueberwachungs- und Zuteilungsapparats heut unendlich viel besser sind als die mittlerer und kleinerer Unternehmungen. Darin müsse eine ungeheure Gefahr für die Zukunft der deutschen Wirtschaft erblickt werden. Warum ist diese Gefahr so ungeheuer groß? Weil »die unternehmerische Initiative kleinerer, im harten Existenzkampf stehender Unternehmungen fast regelmäßig dem verbürokratisierten Geschäftsablauf der Großunternehmungen überlegen ist.«

Aber »die ungeheure Gefahr« des Machtzuwachses der Mammutunternehmungen ist, was auch der »Nationalsozialistische Wirtschaftsdienst« nicht leugnet, von der nationalsozialistischen Regierung lange vor Verkündung des Vierjahresplanes gefördert worden. »Besonders die Schachtelprivilegien in steuerlicher Hinsicht sind eine nicht zu rechtfertigende Bevorzugung der Großbetriebsform.« Die Errichtungs- und Investitionsverbote waren ursprünglich als Schutz der kleineren und mittleren Unternehmungen gedacht, wirken aber heute genau umgekehrt, »indem die heute auf sehr großen Gewinnen operierenden Großunternehmungen, um diese Gewinne unterzubringen, mit Gewalt mittlere und kleinere Unternehmungen aufzukaufen suchen, da die Gewinne in eigenen Neuinvestitionen nicht anlegbar sind«. So »wirkten starke Momente an einer weiteren Aushöhlung des Standes der selbständigen mittleren und kleineren Unternehmungen.« »Aber ist denn, so fragt der »Nationalsozialistische Wirtschaftsdienst«, »der zweite Vierjahresplan dazu gemacht worden, um den entscheidenden nationalsozialistischen Programmpunkt der Stär-

kung des selbständigen Unternehmers zu Fall zu bringen?« Wer ist dafür verantwortlich, daß die Wirkung des Vierjahresplanes das Gegenteil des nationalsozialistischen Programms ist? Antwort: »Die für die Durchführung des Vierjahresplanes eingesetzten einzelnen Organe zweiter Ordnung«, die »im Uebereifer dem Glauben verfallen seien, nur die Groß- und Großunternehmungen könnten ihnen wirksam helfen.«

Die Stellen zweiter Ordnung schlägt man, die Stellen erster Ordnung, Göring und Schacht, meint man. Der »Nationalsozialistische Wirtschaftsdienst« vertraut auf ihren »genügenden Weitblick«. Aber der gerade sagt ihnen, daß im Ernstfall eine Wirtschaftsarmee leichter zu dirigieren ist, die bereits über feste Formationen und geschulte Kommandeure verfügt, als eine, die sich mit einer Unzahl kleinerer Unternehmer und ihrer »selbständigen Initiative« auseinandersetzen muß. G. A. F.

Hitler läßt wählen

Seit Monaten sind Kirchenwahlen in Deutschland angekündigt, ohne daß sie stattfinden. Seit Monaten geht der vorbereitende Wahiterror, Führende Geistliche der Bekenntniskirche sind verhaftet, unter ihnen Pfarrer Niemöller. Andere, wie Pfarrer Jacobi, sind unter der Anschuldigung krimineller Delikte prozessiert worden, ohne daß ihnen etwas nachgewiesen werden konnte. Der Bekenntniskirche werden die Kirchen und die finanziellen Mittel gesperrt — und dennoch lassen die Nationalsozialisten die Wahl noch nicht steigen. Am Ende wird es mit dieser Kirchenwahl gehen wie mit der Wahl der Vertrauensmänner in den Betrieben. Sie wird sang- und klanglos abgesagt werden.

Ein Mann gegen Europa

Konrad Heidens neues Buch

Mit seinem Buch über Hitler hat Konrad Heiden im Kampf gegen die deutsche Diktatur die erfolgreichste literarische Leistung vollbracht. Man kann gegen dieses Buch im einzelnen mancherlei Einwendungen erheben; unbestritten bleibt sein Verdienst, zur Aufklärung der Welt über das Wesen des Dritten Reichs Entscheidendes beigetragen zu haben. Mit seinem neuen Buch »Ein Mann gegen Europa« (Europaverlag Zürich) versucht Heiden den Erfolg, den er mit dem vorigen hatte, noch besser zu verdienen; es ist reifer, freier von Ressentiments und politisch positiver.

Das neue Buch behandelt in der Hauptsache Hitlers Außenpolitik. Ueber dieses Thema besitzen wir schon eine ausgezeichnete sachliche Schrift von M. Beer, von der nur zu bedauern ist, daß sie schon vor längerer Zeit erschien, also die neuesten Entwicklungen nicht mehr berücksichtigen konnte. Heidens Darstellung reicht zeitlich weiter, sie ist dramatischer, mehr psychologischer, im Ergebnis sind beide Autoren einig, daß Hitler ein Mann gegen Europa und vor allem auch ein Mann gegen Deutschland ist.

Hitler hat übrigens eine an Schärfe nicht zu überbietende Selbstkritik seiner Außenpolitik, auf die Heiden mehrfach hinweist. Am 9. November 1936 sagte er im Münchner Bürgerbräukeller: »Ich habe in den letzten dreieinhalb Jahren sehr schwere Entschlüsse fassen müssen, in denen manchesmal das Schicksal der ganzen Nation auf dem Spiele stand. Man hatte oft 95 Prozent Wahrscheinlichkeit des Mißlingens und nur fünf Prozent des Gelingens. Wo in der Welt gibt es oder gab es noch einen Staatsmann, der sich rühmte, so mit dem Schicksal seiner Nation Hasard zu spielen?«

Man hat oft Hitler als einen Mann geschildert, der nur reden kann, aber zum Handeln immer von anderen gedrängt werden muß. Bei Heiden erscheint Hitler ganz anders, nämlich als ein schlau rechnender Spieler, der seinen Gegner belauert, bis er im entscheidenden Augenblick zupackt. Das Bild wird außerordentlich plastisch bei der Darstellung der Umstände, unter denen die Verkündung der allgemeinen Wehrpflicht und später die Besetzung des Rheinlandes erfolgte.

Hitlers moralische Bedenkenlosigkeit, seine Art, mit Ehrenwörtern umzuspringen, ist schon oft geschildert worden. Bei Heiden ist diese stets mit Dokumenten und feststehenden Tatsachen belegte Darstellung so grausig, daß sie — die Extreme berühren sich — beinahe schon humoristisch wirkt. O, diese rührend ehrenhaften Männer des englischen Unterhauses, die für Hitler fair play verlangen, während er gerade dabei ist, einen seiner größten Coups zu landen! Gemahnen sie nicht an den unsterblichen gastfreien Pastor O. E. Hartlebens, der in der Reinheit seines Herzens ein ganzes Bordell in sein Pfarrhaus einlud und dann gar nicht verstehen wollte, warum sich die böse Welt darüber so entrüstete?

Man merkt an Heidens Darstellung, mit welcher atemraubenden Geschwindigkeit sich jetzt politische Verwandlungen vollziehen. Zu eben derselben Zeit, in der die Mehrheit der Engländer noch entschlossen war, durch ihr gutes Beispiel Hitler auf den Pfad der Tugend zurückzuführen, schrieb schon der römische »Messaggero«: »Nur zu oft sind Versprechungen der deutschen Regierung nicht gehalten worden. Wir werden nicht auf dem Fuß moralischer Gleichberechtigung mit Leuten verhandeln, die mit solchem Zynismus die Beachtung der Ehrengesetze unterlassen«. Das war zu der Zeit, als der Wiener Putsch vom 25. Juli 1934 dem Bundeskanzler Dollfuß das Leben kostete. Damals fiel das Los auf die Seite der 95 Prozent Wahrscheinlichkeit, aber es waren wie immer, wenn politische Hasardeure verlieren, andere, die mit ihrem Blut zu bezahlen hatten. Damals, genau vor drei Jahren, standen Mussolinis Soldaten am Brenner, und es fehlte nicht viel, daß

die Kanonen, die jetzt in Spanien so harmonisch zusammenwirkten, gegeneinander losgegangen wären.

Erfreulich ist, daß Heiden sich über die Weimarer Republik zu einem objektiveren Urteil durchringt. Das kommt am klarsten an jener Stelle seines Buches zum Ausdruck, an der er vom deutschen Volke sagt:

»Durch den Kriegsausgang in eine Schmach und Not versenkt, die kein Volk auf die Dauer dulden konnte, mußte es mit der Notwendigkeit der Natur alle Kräfte an seine Befreiung setzen; dies hat die Weimarer Republik mit den Mitteln eines reichen Volksgeistes und den Waffen des Friedens vierzehn Jahre lang geduldig und erfolgreich Schritt um Schritt getan... Die Befreiung Deutschlands war um Deutschland und Europas willen notwendig. Sie geschah unter Stresemann und Brüning, nicht unter Hitler.«

Wozu nur hinzuzufügen wäre, daß das gesamte Gedankenkgut der deutschen Außenpolitik in der Republik von der Sozialdemokratie stammte, und daß ohne die Vor- und Mitarbeit führender Sozialdemokraten die Erfolge Stresemanns und Brünings nicht denkbar sind. Sehr richtig sagt Heiden, daß das Interesse der Deutschen an der Demokratie erlahmen mußte, wenn alle nationalen Entschlüsse von übermächtigen Weltkoalitionen zunichte gemacht wurden: »Die nationale Ohnmacht des Reiches zerstörte das Interesse des deutschen Volkes an seiner

frischgewonnenen bürgerlichen Freiheit.« Die Sozialdemokratie hat dem deutschen Volke durch Erringung der Freiheit auch nach außen die innere Freiheit wertvoller zu machen versucht. Sie war gleichzeitig darauf bedacht, die Arbeiter durch große soziale Errungenschaften fester an die Republik zu binden. Wenn dieser große Versuch einstweilen auch gescheitert ist, so wird er gewiß noch in der Zukunft seine Früchte tragen.

Heiden schildert die Bewegung, die, wie er prophezeit, eines Tages über Hitler hinweggehen wird:

»Sie wird nicht mit Fronten, Märchen und gellenden Signalen daherkommen. Gewiß, sie wird kämpfen, und wo es sein muß, das Höchste einsetzen; aber ihre Bedeutung liegt nicht in dem, was sie überwindet, sondern in dem, was sie erschafft. Sie wird nicht den törichten Versuch einer Nachahmung des Gegners machen... Sie wird größere Formen und stärkere Gesten finden als das Marschieren in Viererreihen und das Schlagen mit Knüppeln. Denn sie will nicht herrschen, sondern befreien; sie fordert aus Nächstenliebe die Menschenrechte; sie verlangt die Einheit Europas, um den Menschen dieses Erdteils eine erhebende gemeinsame Aufgabe und der Jugend eine hoch über der Gegenwart liegende Zukunft zu geben.«

Es ist neulich schon bei anderer Gelegenheit hier gezeigt worden, wie groß die Neigung geworden ist, klassenkämpferische Ziele durch unmittelbar ethische zu er-

setzen. Das ist kein Wunder. Denn wie sich aus der Kerkernacht der Despotie notwendig der Schrei nach Freiheit erhebt, so muß die grauenhafte Verschmutzung des deutschen Regierungswesens die Sehnsucht nach einer neuen Ehrenhaftigkeit und Sauberkeit wecken. Man soll dabei nur nicht übersehen, daß nach den allgemeinen Gesetzen der Menschennatur der Kampf um Freiheit und Sauberkeit fast ausschließlich von denen geführt werden wird, die die Unterdrückten des heutigen Systems sind, und daß unter diesen Unterdrückten die Arbeiter die große Masse bilden. Was heute wieder — und gegen diese Bezeichnung ist nicht das Geringste einzuwenden — ein Kampf um Freiheit und öffentliche Sauberkeit, um Nächstenliebe und Menschenrechte genannt wird, ist im Grunde nichts anderes, als der alte Kampf des arbeitenden Volkes gegen seine politische und soziale Unterdrückung. Und das neue Europäertum steht im engsten Verwandtschaftsverhältnis zur Sozialistischen Arbeiterinternationale und ihren Bestrebungen nach einem friedlich geeinten Europa.

Die kommende deutsche Freiheitsbewegung ist denkbar nur als eine Bewegung der im Dritten Reich unterdrückten arbeitenden Massen, und ihre Spitze bilden kann nur eine in ihren Grundsätzen und Zielen unveränderte, in ihren Methoden, ihrem Personalstand und ihrem Temperament verjüngte deutsche Sozialdemokratie! F. St.

Revolutionäre Rangordnung - ein Polizeitrick?

Nach allgemeiner Auffassung, die eigentlich nie bestritten wird, gilt der Kommunismus als »revolutionärer« denn der Sozialismus. Meist läßt man folgende Stufenleiter gelten: bürgerlicher Radikalismus, Sozialismus, Kommunismus. Gelegentlich wird über den Superlativ des Kommunismus noch der Anarchismus gestellt, als das Revolutionärste und »Linkseste«; dabei vergißt man, daß der Anarchismus anderer Abstammung ist, ein Schößling des Liberalismus und mehr eine Sehnsucht darstellt als eine politische Möglichkeit.

Warum wäre aber der Kommunismus revolutionärer als der Sozialismus? Wir wollen den Begriff des Revolutionären ganz schlicht und flach aus der Tagespolitik übernehmen, soweit er dort ehrlich gebraucht wird — nicht betrügerisch, wie von den spanischen Meuterern. Revolutionär ist, was darauf abzielt, die heutige Klassenherrschaft durch eine Gesellschaft zu ersetzen, die keine Herrschaft des Menschen über den Menschen duldet. Für den Sozialisten, wie für den Kommunisten ist die Vergesellschaftung der Produktionsmittel die praktische Voraussetzung für die Verwirklichung einer solchen Gesellschaft, aber man kann natürlich ein Revolutionär sein, ohne diese Voraussetzung gelten zu lassen. Immer ist aber ein politisches Verhalten in dem Maße revolutionär, als es einmal die Klassenherrschaft erschüttert und dann die Träger der neuen Gesellschaft heranzubildet. Die verschiedene Ansicht darüber, ob das eine oder das andere wichtiger sei, bedingte die Teilung in Reformisten und Radikale innerhalb der sozialistischen Bewegung.

Die Spaltung des Proletariats in eine sozialistische und eine kommunistische Partei ist zweifellos durch historische und philosophische Wurzeln mit jener Teilung verbunden, in dem Sinne, daß der Kommunismus den Umsturz des Bestehenden als die vornehmste Aufgabe ansieht, während der Sozialismus in der bloßen gewaltsamen Beseitigung des Alten keine Gewähr dafür sieht, daß nicht Machtgier der einen und Knechtsinn der andern auf den Trümmern des Zerstorten neue Herrschaftsverhältnisse aufrichten. Aber für beide Richtungen war Raum in der sozialistischen Partei. Was tatsächlich zur Spaltung geführt hat, war die durch die russische Revolu-

tion konkret gewordene Frage: Demokratie oder Diktatur. Für die einander entgegengesetzten Antworten war kein Raum in einer Partei. Die größte Toleranz konnte kein Aktionsgebiet finden, auf dem sich gleichzeitig für Diktatur und Demokratie arbeiten lassen. Diese Spaltung war also logisch und wäre aller Wahrscheinlichkeit nach auch ohne das Betreiben der Sowjetregierung, bloß durch die Tatsache ihrer Existenz, zustande gekommen.

Seit der Spaltung ist der Faschismus über Italien, Deutschland, Oesterreich hergefallen und wütet in Spanien. Hat die kommunistische Partei in irgend einem dieser Länder stärkeren und wirksameren Widerstand geleistet als die sozialistische? Nein. In den beiden Staaten, wo die kommunistische Bewegung sehr schwach war, in Oesterreich und in Spanien, war und ist der Widerstand am stärksten.

Warum wäre also der Kommunismus revolutionärer als der Sozialismus? Besteht man auf einer Antwort, so kommt dem Befragten, dem nie Zweifel an dem revolutionären Rang des Wortes aufgestiegen waren, wie eine Erleuchtung die Gegenfrage: »Warum würden sonst die Kommunisten soviel mehr verfolgt als die Sozialisten?«

Die große Werbekraft des Kommunismus, viel größer als die des angeblichen Sowjetparadieses, liegt in der authentischen Hölle, die die Regierungen fast aller Länder seinen Anhängern bereiten. Das Proletariat, soweit es politisch noch im Halbdämmer lebt, und das verbitterte und enttäuschte Kleinbürgertum sagen sich: »Die herrschende Klasse hat mehr Angst vor den Kommunisten als den Sozialisten, also müssen die Kommunisten für sie gefährlicher sein.« Nun dürfte unsere Bourgeoisie nicht so machiavellistisch klug und weitsichtig sein, eine Angst vorzutäuschen, bloß, um das Proletariat irrezuführen. Die Bolschewistenangst der ersten Jahre war echt, golddecht, das Zittern und Beben des Bürgertums war keine Schauspielerei. Heute und vielleicht schon seit einem Jahrzehnt ist die Angst nicht mehr echt, sondern eine politische Finte, ein Trick, um die bürgerlichen Schichten zu einigen und von der Notwendigkeit der Gewalt zu überzeugen und um gleichzeitig den sozialistischen Parteien das Wasser abzugraben. Die

Reaktion verlieh dem Kommunismus das Ehrenkreuz revolutionärer Gefährlichkeit.

Es wäre frivol und gemein, wollte man ableugnen, daß es ein schweres, erdrückend schweres Kreuz war und ist. Kein anständiger Mensch wird den kommunistischen Opfern, die auf dem Schafott, im Zuchthaus, in den Konzentrationslagern und auf den italienischen Inseln für ihre Idee gelitten haben und gestorben sind, Bewunderung und Sympathie verweigern. Aber die Zahl der Opfer gibt nicht den Maßstab für die revolutionäre Wirksamkeit der Partei. Einmal nicht, weil sie vielfach erhöht wird durch die erstaunliche Durchlässigkeit der kommunistischen Organisationen für Spitzel, dann nicht, weil überall die Polizei und in den faschistischen Ländern auch die Gerichte jeden Widerstand gegen die herrschende Gesetzlosigkeit als Kommunismus rubrizieren und so die Zahl fälschen. Diese letzte Tatsache beweist, daß die Reaktion Interesse hat, die Gefährlichkeit des Kommunismus zu proklamieren und zu übertreiben, eine Taktik, die gegenüber wirklich gefürchteten Gegnern nicht üblich ist.

Betrachten wir aber nicht die Opfer, sondern die revolutionäre Wirksamkeit, fragen wir uns, in welchem Lande die kommunistische Partei die bürgerlichen Regierungen erschüttert hat, so ist festzustellen, daß die Länder mit den stärksten und lautesten kommunistischen Parteien, Italien und Deutschland, am gründlichsten dem Faschismus verfallen sind. In beiden Ländern hat der Kommunismus die Vorteile der Gewalt gepredigt, ohne selbst Gewalt zu üben, bis das verängstigte Bürgertum seine Verteidigung der faschistischen Gewalt übertrug. Wäre der Kommunismus nicht dagewesen, so hätte man ihn erfinden müssen; soweit er nicht ausreichte, hat man die Ergänzung erfunden. Er ist dem Faschismus unentbehrlich, so unentbehrlich, daß er ihn in Spanien importieren mußte, wo er vor der italienisch-deutschen Invasion ein Schatten-dasein führte.

Nun kann man sagen: schließlich kann der Kommunismus nichts dafür, wenn ihn die Reaktion als Bourgeoischreck verwendet. Das ist nur bedingt richtig. Freilich kann er nichts dafür, daß er noch keine Tradition hat, wie die Sozialdemokratie, die eine alzu phantastische Legenden-

Steigende Achtung

Macht aus der deutschen Nation

Wenn fremde Schiffe in einen Hafen einlaufen, so gilt die internationale Sitte, daß die fremden Schiffe im Vortopp die Flagge des Landes setzen, in dessen Hafen sie einlaufen. Dem demokratischen Deutschland gegenüber wurde diese Sitte nie verletzt. Das ist anders geworden. Die deutsche Zeitschrift »Seefahrt ist not« klagt:

»Immer wieder kann man es beobachten, daß sowjet-russische und französische, zuweilen auch andere Schiffe mit dem deutschen Lotsen an Bord und im vollen Schmuck ihrer Nationalflagge abaufwärts gehen und sich an ihren Liegeplatz anschließen lassen, ohne die geringsten Anstalten zu machen, im Vortopp die deutsche Flagge zu setzen. Es erhebt sich da die Frage: Muß das geduldet werden?«

In braunen Reden und Artikeln dagegen kann man täglich lesen, die Achtung vor Deutschland sei in der Welt seit 1933 ununterbrochen im Steigen. So groß ist diese Achtung, daß obige Zeitschrift fordert, man solle solchen obstinanten Gästen endlich »die seemännischen Regeln des Anstandes beibringen...« Wenn das schon in deutschen Häfen passiert, kann man sich vorstellen, wie frohzig heute Begegnungen zwischen deutschen und anderen Schiffen auf hoher See verlaufen.

Wen aber soll das alles wundern, wenn er in den Zeitungen der Auslandsdeutschen

seid unschädliche Kleinbürger«, den andern: »Ihr seid die wahren Revolutionäre, ihr bedroht den Staat.« Und innerhalb unserer Partei messen dann viele den revolutionären Gehalt nach dem Grad der Hinneigung zum Kommunismus. Ergebnis: Uneinigkeit und Konfusion.

Keine Partei hat mehr Interesse daran, Ausnahmegesetze gegen den Kommunismus zu bekämpfen, als unsere. Sie sind ein raffinierter und wirksamer Trick der Reaktion. Den Platz der Sozialdemokratie in der revolutionären Rangordnung weist uns unsere Ueberzeugung an, und die Geschichte möge ihn bestätigen. Die Polizei ist dafür nicht zuständig. Oda Olberg.

Der neuen »großen Zeit« entgegen!

Ersatz sogar bei der Sanität...

Wir entnehmen dem jüngsten amtlichen Katalog der Göringischen Kriegswirtschaftsmaßnahmen unter dem Suchwort »Ersatz« (jetzt veröffentlicht im deutschen Schrifttum für Krankenpflege, Apotheken und Drogerie):

englischen Kriegsministeriums, der in England lief und gegen den militaristischen Geist des Dritten Reiches gerichtet ist. Bald darauf protzte dieselbe Presse gegen den französischen Spionagefilm »Marthe Richarde« ab, der in Pariser Kinos läuft und die Greuel des Weltkriegs herauf beschwört. Zur selben Zeit liefen einige andere Spionagefilme und die DAZ schrieb dazu:

»...und da es sich bei diesen Werken immer wieder um das Gegenspiel von Deutschland und Frankreich handelt, wird der Eindruck von deren angeblicher unversöhnlicher Gegnerschaft immer wieder von neuem erzeugt, zum Schaden derjenigen Bestrebungen, die in beiden Ländern auf gegenseitiges Verstehen hinarbeiten.«

In Hitlers Buch, der »neudeutschen Bible«, steht noch immer jene üble Hetzstelle von der unversöhnlichen Gegnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland. Wenn man in anderen Ländern daraus Konsequenzen zieht, schreit die Hitlerpresse über Völkerverhetzung.

Der Schwindel geht weiter. In Paris begann in den ersten Junitagen der Internationale Filmkongreß. Die hitlerdeutsche Presse machte lebhaft auf die Bedeutung der Tagung aufmerksam: Hier müsse endlich einmal gegen filmische Völkerverhetzung protestiert werden. Die DAZ ließ sich unterm 2. Juni von ihrem Pariser Bericht schreiben:

»Es ist aber klar, daß sich unter die ungezählten Filmklometer der Jahresweltproduktion manches einschleicht, was das Einvernehmen der Völker gefährdende Giftstoffe mitschleppt. Eine der Hauptaufgaben der internationalen Filmkammer und der internationalen Vereinigung der Filmproduzenten

Best, wie rasch in manchen überseeischen Ländern die Neigung zu Deutschland selbst bei den Deutschen schwindet. Die Stuben News, das Montagsblatt der deutsch-amerikanischen Stuben-Gesellschaft, veröffentlicht einen Alarmartikel von Dr. Theodor Huebener, Hilfsdirektor des fremdsprachlichen Unterrichts der Stadt New York. Er berichtet, welch rapider Rückgang des deutschen Unterrichts in amerikanischen Mittelschulen zu verzeichnen ist. Dieser Unterricht stand vor dem Weltkriege an erster Stelle und steht heute an vierter. Huebener schreibt (laut »Köln. Volkstg.« vom 18. Juni 1937):

»Nach dem Krieg nahm die Zahl der Deutschlernenden rasch und stetig zu und erreichte 1934 mit der Zahl 22.550 einen neuen Höhepunkt (gegenüber 71.800 Französischlernenden). Mit dem 1934 einsetzenden Boykott gegen alles Deutsche sank die Zahl der Deutschschüler auf etwas über 16.000. In den Unterklassen der Mittelschulen ist das Bild noch trüber; von 75 solcher Schulen mit fremdsprachlichem Unterricht erteilen nur 14 Deutschunterricht und bevorzugen das Französische, Spanische und Italienische. 42.000 Französischlernenden stehen nur 2900 Deutschschüler gegenüber. Verschiedene dieser Schulen lassen das Deutsche in den Anfangsklassen fallen.«

»Verbandswatte darf vom 1. 6. 37 ab nur noch mit einem Gewichtsanteil von mindestens 50 Prozent Zellwolle hergestellt werden. Die zur Verwendung kommende Zellwolle sowie die daraus hergestellte Verbandswatte müssen in chemischer Hinsicht den Anforderungen genügen, die das Deutsche Arzneibuch an gereinigte Baumwolle stellt.«

Die Zahl derer, die sich so um 1917 und 1918 herum — irgendwo an der Somme oder in Flandern — Papierverbände um ihre zerschmetterten Glieder, um blutige Arm- und Beinstampfe, über Löcher im Unterleib oder leere Augenhöhlen, in deutschen Sanitätsunterständen zuerst legen lassen durften, ist sicherlich noch sehr groß. Wenigstens bei ihnen mag also eine gelinde Vorstellung von dem vorhanden sein, was das Dritte Reich in petto hat. »Große Zeite« mit entsprechenden »Führern« will eben in Deutschland immer ganz erlebt und durchgekostet sein!

Blubo im Prospekt

Oder: »Es wird wieder gelacht in Deutschland...«

»Wer in stundenlangen Spaziergängen im Hochwaldluftbad, mit nichts als einer Bades

Wenn das so weiter gehe, dann werde das Deutsche eines Tages aus dem Schulplan ganz verschwinden. Dieser Zustand werfe ein bezeichnendes Licht auf den Mangel an Zusammenhalt und Rassenbewußtsein unter den Deutschen der Vereinigten Staaten...« Um das zu erhitzen, weist der braune deutsch-amerikanische Amtswalter besonders darauf hin,

daß es in der Union ganze Staaten mit deutscher Bevölkerung gibt, in deren Mittelschulen die deutsche Sprache nicht gelehrt wird. Die Schuld trifft keineswegs die Schulbehörden; sie seien berechtigt, den gesetzlichen Bestimmungen gemäß falls 45 Schüler deutschen Unterricht verlangen, eine Klasse hierfür einzurichten. Auch stünden Deutschlehrer in genügender Anzahl zur Verfügung. Die Schuld am Rückgang des deutschen Unterrichts treffe also die deutschen Eltern, die es verflüchten, ihren Kindern die Sprache ihrer Vorfahren zu erhalten.«

Kurz, während die Deutschen von USA sich in übergroßer Mehrheit gern zur Weimarer Demokratie bekannten, schämen sie sich ihres Deutchtums, seit sie Hitler am Werk sehen. Eine solche Massenflucht aus der eigenen Nation ist in der neueren Geschichte ohne Beispiel.

hose am Leib und einem Stöckchen in der Hand und mit keiner anderen Gesellschaft als dem springenden Reh über dem Weg oder einer läutenden Dorfglocke vorn im Tal, sich diese heimliche Welt zum Erlebnis werden läßt, der begreift, daß auch die Doktoren in den weißen fliegenden Mänteln mit ihrer Feindschaft gegen alles Sitzfett auch nur im Dienst dieser großen Apotheke stehen, deren Dach der Himmel und deren Fußboden die Walderde ist.«

»Die Aerzte des Sanatoriums sind Führernaturen. Man spricht im Glotterbad nicht von der Autarkie. Man macht sie. Die sahnige Milch fließt aus den guten Eutern der Oldenburger Kühe, die über süddeutsche Weiden hinfütend, uns eine der vielen Synthesen zwischen Nord und Süd auf diesem großdeutsch geführten Stück Erde vor Augen führen.«

»Was an Vitaminen in Äpfeln und Birnen, Trauben und Melonen, Radieschen und Gemüsen auf die Tische kommt, ist erstklassig und gedeiht unter dieser Sonne. Man handelt hier deutsch.«

(Aus einem Bäderprospekt von Glotterbad.)

Geschichtsunterricht

Eh Hitler gekommen, war Deutschland nicht da.

Es hausten in einigen dreckigen Buden nur Landesverräter und schießende Juden, die frühstückten Kinder, wenn keiner es sah (Es folgt jetzt eine halbe Stunde Gymnastik).

Ansonsten war Wüste. Nur manchmal ein Baum, darauf sich Marxisten im Niggortanz übten und gröhnd die arischen Blutkörper trübten. Rings höhnten die Feinde das Volk ohne Raum. (Es folgt jetzt ein Gepäckmarsch).

Wir haben uns alles selber gemacht — das deutsche Gefilde, das Zahnradgetriebe, das Mädchen am Eßeln und die Vaterlands-Liebe, den Baldu von Schirach, das Geld und den Schacht. (Es folgt jetzt Kleinkaliberschießen).

Nun wollen die Feinde, verdreht und verrotzt, die herrliche Stellung des Führers verderben. Euch ziemt es, in Schönheit und Giftgas zu sterben, denn ohne uns wär't ihr schon tausendmal tot. (Damit gehet wir zur körperlichen Ertüchtigung über). H—n

Der deutsche Hetzfilm

Göbbels-Agenten für die Völkerverständigung.

Im Mai dieses Jahres protestierte die Hitlerpresse gegen den Propagandafilm des

te ist es nun, den Kampf gegen solche Hetzfilme aufzunehmen. Und dieser Kampf ist eine Aufgabe von wahrhaft internationaler Bedeutung, die alle Filmländer (das sind zur Zeit 24) gleichermassen angeht. So werden auf der kommenden Pariser Tagung nicht nur schöne Reden gehalten werden und freundliche Versicherungen abgegeben werden, sondern es wird heftig mit allem Nachdruck Front gemacht gegen die den Weltfrieden gefährdenden völkerverhetzenden Filme, die leider noch immer nicht ausgestorben sind.«

Ja, die Fipresci (Internat. Federation der Filmpresse) müsse gut aufpassen; schon werde aus Amerika berichtet, daß man dort einen Tendenzfilm durch Kreise vorbereitet, die dem Kardinal Mundelein nahe stehen.

»Neben diesem Kampf wider völkerverhetzende Filme wird die Fipresci (deren deutscher Sektion unser Sonderberichterstatter angehört) auch den Kampf für den guten Film weiter durchführen. Ein System wechselseitiger Filmempfehlungen ist ausgearbeitet worden... Die Grundlage für diese fruchtbare Zusammenarbeit ist das aus der Achtung der nationalen Eigenart erwachsende Gefühl gemeinsamer Verantwortung, wie man es bei einem Teil der politischen Journalisten des Auslandes leider noch nicht verspürt.«

Dieses verlogene Biedermanngetöse, diese Entrüstung, wenn sich die anderen wehren — das macht ihnen niemand nach. In Deutschland sind seit dem Reichstagsbrand hinreichend nationalistische Hetzfilme gedreht worden. Zwei davon, die in geklagtester Weise Sowjetrußland und das russische Volk beschimpften, wurden sogar mit dem Staatspreis von 10.000 Mark gekrönt: »Flüchtlinge« (1934) und »Friesennote« (1935). Beide waren politisch so schändlich, daß sie

vom Ausland abgelehnt wurden. Dieselbe Presse, die solch giftige Machwerke ohne Protest hingingen ließ (und hingehen lassen mußte), plädiert auf dem internationalen Filmkongreß für Filme der Völkerverständigung.

Wird denn niemand diese Burschen bei der Krawatte packen und fragen: Wann je habt ihr gegen die nationalsozialistische Kriegstreiberei protestiert? Wird ihnen niemand sagen: Wer dahelms das Maul halten muß und nichts für Frieden und Wahrheit wagt, der hat auch hier nichts zu melden! Bei euch dahelms wird täglich, stündlich der »Widerstandswille« gefeiert und mit allen Mitteln mobilisiert; sobald das in anderen Ländern geschieht, schreit ihr Zeter und Mordio! Ihr seid mit dem Maul für Verständigung, um euer Volk irre zu führen und andere Völker einzuschlängeln!

Hätte sich die nichtfaschistische Presse nicht bereits zu sehr an die braune Frechheit gewöhnt, dann müßten Göbbels Agenten auf solchen Tagungen unter Hohngelächter abtreten.

Was wollt ihr?

Ein Herr Artur Just berichtet in der Gleichgeschalteten aus dem Kunstleben. Wir geben ein Stück aus seinem Bericht wieder:

»Die Verwirrung der Gefühle ballte sich hin und wieder zu überraschenden Ansätzen. Von klarer Linie, bewußtem Kulturwillen konnte keine Rede sein. Reich an natürlichen Theaterbegabungen, fehlte es... nie an guten Schauspielern. Auch Regisseure gab es, und diese vor allem, die Einfälle und Geschmack besaßen. Ebenso häufig begegnete man außerordentlichen Geschmacklosigkeiten. Vor allem aber wur-

Der heimtückische Hauptmann

oder: Die negroiden Ähnlichkeiten...

Im »Angriff« veröffentlicht gegenwärtig ein gewisser Hauptmann Cordt von Brandis eine Artikelserie: »Am Horizonte — Afrika«. Dieser Hauptmann ist ein alter Kolonial-Abenteurer und war vorübergehend zu Anfang des Krieges deutscher Spion in England, wozu er nicht zum geringsten stolz ist. Jetzt hat er die Aufgabe, die Zwangsabonnenten des Organs der Deutschen Arbeitsfront für die Kolonialidee zu begeistern, und dabei kommt ihm eine an Karl May erfolgreich geschulte Phantasie vielzeitig zu Hilfe.

Aber was dem Manne fehlt und was seine völlige Qualifikation etwas zweifelhaft macht, das ist die Tatsache, daß es ihm in der Rassenfrage etwas an Distanz fehlt. Er hält nämlich auch die Neger, ohne das Recht zu ihrer Ausbeutung durch den weißen Herrenmenschen nordischen Gepräges anzusetzen, für menschliche, sogar nicht gänzlich unsympathische Wesen. Er schildert ihr Aeußeres, ihre Charaktereigenschaften, ihre Gewohnheiten, wobei schließlich folgende Sätze mitten in seinem Artikel den überraschten Leser fesseln:

»Wenn man als Fremder und nicht Landeskundiger diese Leute beobachtet, so sieht man in der ersten Zeit keinen Unterschied in den Gesichtern, alle ähneln sich zum Verwechseln. Doch nach einigen Tagen lernt man schon die Neger voneinander unterscheiden. Jetzt tritt aber der komische Fall ein, daß man so und so viele Bekannte aus der Heimat in der Negerschar zu entdecken meint. Bisweilen will es einem scheinen, als seien die Ähnlichkeiten verblüffend. An einem Morgen sah ich meinen Nachbarn, wie er lebt und leidet, nur in schwarzer Ausgabe und etwas vergrößert.«

Hauptmann von Brandis ist von der Afrikareise zurück und lebt wieder im Dritten Reich. Seine Artikel sollen in Briefform erscheinen. Auch mit dieser Stelle? Da er sich wiederholt seines nahen und täglichen Umgangs mit den allerhöchsten Würdenträgern rühmt, und wenn man ein gewisse Gesichter von Gauleitern und sonstigen gekrönten alten Kämpfer bis hinauf zu Ministerseelen denkt, so fordert diese »Ähnlichkeit« zu wahrhaft heimtückischen Vergleichen heraus.

Der »Angriff« hat eine illustrierte Beilage: »Wir sind im Bilde.« Hier sind negroiden Unternehmungs-Photos mit entsprechenden Kommentaren als Beleg für die Richtigkeit der nazistischen Rassenlehre besonders beliebt. Vielleicht steht sich die Redaktion eine Anzahl Negerbilder aus dem Portefeuille des Herrn Hauptmanns: »Frag' mich was?« — »Köpfchen! Köpfchen!« — »Wer hat Wanujus Nase?« — »Wer hat ähnliche Lippen wie Bungo?« — »Wer lächelt wie Klepanes Lieblingfrau?« — Ein Preisausschreiben dürfte dem »Angriff« große propagandistische Erfolge bringen. H.

de die Spielplankrise von Jahr zu Jahr schlimmer. Sie mußte es werden in der dampfenden, alles Geistige erstickenden Atmosphäre.

Der naive Schrei nach ...stücken, ...opern, ...kunst auf allen Gebieten verhalte in der Einsamkeit der Begabten, deren Kraft sich darin verzehrte und verzehrt, wenigstens innerlich aus dem geschäftigen Getriebe herauszublieben. Um so vielfältiger war das Echo in der Herde der Schwätzer und Nichtstköpfer, die bereit waren, um jeden Leitartikel ein Drama zu schreiben. Die Flucht in die Klassiker war für die Theater ein Ausweg. Geld aber gab die Regierung nur für Agitationstücher, Scheuchen für Kunst und Publikum.«

Nanu? Hat plötzlich einer den Rappel gekriegt und die Wahrheit über den braunen Kunstbetrieb geschrieben? Nein, es handelt sich um einen Bericht aus Rußland und wo drei Punkte stehen, gehört eigentlich Sowjet hin. Der Berichterstatter aber schließt: »Diese Zweckdramaturgie am laufenden Band wird sich von dem, was bisher geschah, kaum unterscheiden. Gottlob bleibt die Hoffnung auf die rettenden Klassiker auch weiter bestehen.«

So ähnlich könnte auch eine Betrachtung der abgelauteten deutschen Spielzeit enden. Wir zitieren die Münch. Neuesten Nachrichten:

»Die Berliner Spielzeit, die reich war an ausgezeichneten Vorstellungen, aber arm an Aufführungen junger und neuer Werke, geht mit einem heiteren Abschluß ihrem Ende zu...«

Nämlich mit einem Lustspiel von Shakespeare. Es heißt »Was ihr wollt«, während wir angesichts dieser verblüffenden Parallelen zu fragen hätten: Was wollt ihr?!

Armes Staatsrecht!

Die deutschen Gelehrten als Schuhputzer der Diktatur

Der »Deutsche Akademische Austauschdienst« regt sich höchlich darüber auf, daß die englische wissenschaftliche Welt die Einladung zur Feier des zweihundertjährigen Bestehens der Göttinger Universität fast lüchellos abgelehnt hat. Ganz übereinstimmend wurde von den Fakultäten und wissenschaftlichen Körperschaften der angelsächsischen Welt erklärt, daß die unwürdige Rolle, die der deutschen Wissenschaft unter dem nationalsozialistischen Regime zugewendet wird, ein unüberbrückbares Hindernis selbst für gemeinsame Feste darstelle. Es ist groteske Ironie, daß die gleiche Ausgabe der Zeitschrift des »Deutschen Akademischen Austauschdienstes« (»Geist der Zeit«, Juni 1937), die jenen mit größten Schimpfwörtern ausgestatteten Protest der Göttinger Akademiker gegen die englisch-amerikanische Ablehnung enthält, gleichzeitig in klassischer Form nachweist, wie tief bereits die Erniedrigung der deutschen Wissenschaft unter der Fuchtel der Diktatur geht und daß jeder Zweig deutscher Forschung zu unwürdigen Stiefelputzdiensten für das Regime gezwungen wird!

Dieser Beweis bezieht sich auf die deutsche Staatsrechtsdisziplin. Der Einführungsartikel dieser Nummer benennt sich »Die Staatsmänner und die Staatsrechtswissenschaft«. Da gibt es so aufschlußreiche braune Gelehrsamkeiten, wie die folgende:

»Die Reden nationalsozialistischer Staatsmänner dienen nicht der Vermittlung sachlicher Kenntnisse und leiten nicht Diskussionen und öffentliche Aussprachen ein, sondern rufen auf zu gemeinsamem Bekenntnis und zu gemeinsamer Tat. Durch die Wahlen und die Volksentscheide des neuen Reiches soll nicht eine staatsrechtliche Legalisierung der Herrschaftsform und der staatlichen Maßnahmen erreicht werden. Sie sind nur die Form,

in welcher der Führer durch seine Persönlichkeit die Integration der völkischen Gemeinschaft vollzieht.«

Man muß diesem SA-Gelehrten außerordentlich dankbar sein für das theoretische Geständnis, das jedem praktischen Politiker in der Welt klaren Aufschluß über gewisse Dinge des Dritten Reiches verschafft! Ist hier nicht klipp und klar erklärt, daß das Regime, das, was es an demokratischem und rechtsstaatlichem Schein noch hat stehen lassen, selbst als Farce, als durchaus um ihren Sinn und Inhalt gebrachte »Form«-Sache ansieht? Das Ausland war geneigt, »Wahlen« und Volksabstimmungen, die Hitler neunzig- und fünfundneunzigprozentige »Mehrheiten« erbrachten, nach seinen eigenen Rechtsbegriffen zu werten; Hitler selbst, auch wenn er es nicht eingehalten hat, hat wiederholt ganz feierlich erklärt, daß er nach dem vierten Jahr seiner Herrschaft eine allgemeine Volksbefragung über Billigung oder Mißbilligung seiner Politik durchführen werde. Jetzt erklärt das Dritte Reich, daß alles das nur fauler Regiezauber der Diktatur ist.

Wenn aber die Geistesverfassung des Dritten Reiches so ist: was ist dann mit seinem Staatsrecht und den Männern, die es lehren? Teils negativ, teils positiv werden diesem Zweig der Wissenschaft von dem Göttinger Gefängniswärter die Aufgaben in diesem Aufsatz zugewiesen:

»Die Staatsrechtswissenschaft hat hier nicht mehr die Aufgabe, durch Auslegung der Verfassungsnormen und durch Kritik die Staatsrechtspraxis zu überwachen. Ihre Eigenart besteht vielmehr darin, daß sie in großem Stil für die Aktionen des Staatsmannes eingesetzt wird.

Ihre Beziehung zum Staatsmann ist in erster Linie die des selbstverantwortlichen Beraters zum Handeln des Führers.

Nicht weniger wichtig ist die Aufgabe des Staatsrechtswissenschaftlers, mit der Formung

der staatsrechtlichen Begriffe und Grundzüge des neuen Reiches die Waffen zur Ueberwindung des Gegners und zur Entwertung seiner geistig-polemischen Argumentation zu liefern«.

Kann es zynischer ausgesprochen werden, welche Rolle der Wissenschaft unter der braunen Diktatur zufällt? Als Wilhelm der Zweite einmal die Berliner Universität das geistige Garderegiment der Hohenzollern nannte, ging lautes Gelächter durch die Kulturwelt. Der Improvisation rhetorischen Ueberschwangs Wilhelm II. folgten verzweifelte Dementis und Interpretationen der Hofpresse. Jetzt ist es die kaltblütige Ausrichtung eines ganzen ungeheuerlichen Vergewaltigungssystems!

So bleibt es bei dem harten, aber auch gerechten Urteil, daß »The Spectator«, Englands einflussreiche politisch-geistige Wochenschrift (Nr. 5672), dem braunen Festkomitee von Göttingen ins Stammbuch schrieb, die Ablehnung der britischen gelehrten Welt begründend:

»Die gegenwärtigen Zustände an den deutschen Universitäten brauchen ja nicht notwendig von Dauer zu sein. Sie stellen nur eine zeitlich bedingte Verirrung dar, die auf die politische Intervention eines Regimes zurückzuführen ist, das selbst keine Ewigkeitsdauer besitzt. Jener Instinkt für eine unerbittbare Erforschung der Wahrheit, der die eigentliche Grundlage der deutschen Größe in der Vergangenheit war, kann nicht auf die Dauer unterdrückt werden. Ausländische Universitäten haben ihre Hochachtung und Bewunderung für die deutsche Wissenschaft dadurch bewiesen, daß sie die vertriebenen deutschen Gelehrten bei sich aufgenommen haben. Der Tag der Feier wird dann anbrechen, wenn diese Gelehrten zurückkehren können und die Suche nach Wahrheit in Deutschland wieder aufgenommen werden kann.« H. E.

»Talmudmanöver«

Die Juden und die Radfahrer.

In Nürnberg ist ein Kaufmann wegen betrügerischer Geschäftsmethoden zu elf Monaten Gefängnis verurteilt worden. Wir zitieren einige Worte aus dem Gerichtsbericht der »Fränkischen Tageszeitung«, Nürnberg — einem Streicherblatt (Nr. vom 18. 6.):

»Wer sich mit Juden einläßt, geht daran zu Grunde. — Echt jüdische Geschäftspraktiken — Talmudmanöver — Geschäftsgebahren auf jüdischen Grundsätzen aufgebaut — jüdische Gier, um jeden Preis Geschäfte zu machen — jetzt kann er fast ein Jahr über seine volkschädigenden jüdischen Geschäftsmethoden nachdenken.«

Aha, sagt sich der Leser, hier kam ein jüdischer Betrüger ins Gefängnis. Das soll sich der Leser auch sagen. Aber es stimmt nicht. Vielmehr zeigt es sich bei aufmerksamer Prüfung des Berichtes, daß in den Adern des verurteilten Kaufmannes Karl Windisch — laut Ahnenpaß — rein arisches Blut rollt. Aber dieser Windisch war »Lehrling bei einem berühmten Talmudjuden«, und später erwarb er »von dem ebenfalls berühmten Juden Korngold dessen Konfektionsgeschäfte. — Das heißt: der Jude Korngold, der einen sauberen, ordentlichen Handel führte (sonst hätte sich die »Fränkische Tageszeitung« eine Aufzählung seiner Untaten keinesfalls entgehen lassen), der

Jude Korngold wurde wie viele andere Juden um sein Geschäft gebracht. Dies Geschäft ging — wie viele andere jüdische Geschäfte — »in arische Hände über.« In die Hände eines rein arischen Betrügers. Wer ist schuld an den wenig schönen Methoden, die von Stunde an einriesen? Der Gauner selbst? Woher denn! Der Jude, dem das Geschäft abgejagt wurde und ein zweiter Jude, bei dem der arische Betrüger als Stütze in die Lehre ging.

Zum Kennzeichen des deutschen Menschen gehört es — so versichert die Nazipresse gern und oft —, sich zu einer Schuld zu bekennen. Ob ein Arier Gaunereien treibt oder ein »Artverwandter«, oder ein nationalsozialistischer Anführer — gehangen und bespuckt wird der Jude.

Jean und Gretchen

Die Kölnische Volkszeitung rezensiert einen Roman, der von der Liebe eines deutschen Mädchens zu einem Franzosen handelt. Fülle, wie sie im Grenzgebiet zu Hunderten vorkommen und zur Zeit der Weimarer Demokratie in Dutzenden von Büchern gezeichnet wurden. Im Dritten Reich aber hat auch eine Liebesgeschichte nach Möglichkeit der jeweiligen Politik zu dienen und so wuchert denn die K. V. drauflos:

»Man verhöre sich ja nicht: dieses außerordentliche Buch, das eine unheimlich wichtige Mission zu erfüllen hat und ganz gewiß erfüllen wird, kommt nicht etwa aus der Haltung eines weiblichen, weinerlichen Pazifismus. Nein: aus einem ganz klaren, seiner selbst sicheren und lauten Willen zur Verständigung, fußend auf Ehre, Tapferkeit und Ritterlichkeit zweier großer Nationen ist dies Werk geschrieben, und so ist denn gar nichts anderes möglich, als daß alle, die guten und reinen Willens sind, seinen Geist in sich tragen und begreifen, es dankbar und als eine wesentliche Pioniertat auf dem Weg zu der so unumgänglich notwendigen, gerade im Augenblick sich etwas enger anbahnenden deutsch-französischen Verständigung begrüßen.«

Aber wenn sich Frankreich nicht gefallen lassen will, daß Deutschland seine Kanonen an den spanischen Pyrenäen aufstellt und mit Italien gegen die rechtmäßige spanische Regierung zu Felde zieht, um aus Spanien eine deutsch-italienische Kolonie zu machen, wenn Frankreich gegen solche Anschläge aufsteht und für kollektive Sicherheit, dann ist das bereits Pariser Bolschewismus und nicht zur Verständigung reif. Wer dann von Deutschland aufrichtiger Friedensbeweis fordert,

der huldigt einem »weiblichen, weinerlichen Pazifismus« und landet, sofern er Deutscher ist, im KZ oder wegen Hochverrats im Zuchthaus.

Wie dumm die Welt in dieser Prose eingeschätzt wird, wie beleidigend idiotisch und dämlich!

Göbbels und die »einfachen Leute«

»Schulterklopfsozialismus« nennen die deutschen Arbeiter das ekle Volksgemeinschafts-Getue der deutschen Anführer. Je mehr die einseitigen Redereien von der »Aufhebung der Zinsknechtschaft« und vom »gerechten Lohn« vergessen werden, desto aufdringlicher tritt dieser Schulterklopfsozialismus in den Vordergrund. Die »Preussische Zeitung« Nr. 178 meldet z. B.:

»Das Gau-Propagandaamt der NSDAP hat bei der Ausrichtung seiner Propagandisten und zu ihrer Information völlig neue Wege beschritten. Die Lehrgänge der Gau-Propagandaleitung werden nicht in einen bestimmten Ort und ein bestimmtes Schulungsheim verlegt, vielmehr wandert der Lehrgang durch mehrere Orte, die Lehrgangsteilnehmer werden bei einfachen Volksgenossen einquartiert. Es soll damit erreicht werden, daß die Propagandisten der Bewegung in erster Linie die Stimmung der Bevölkerung kennen lernen und ihre Ansichten und Einstellung gegenüber den Maßnahmen der Regierung. Sie sollen von den Nöten und Sorgen und der Auffassung der Menschen wissen.«

»Von den Nöten und Sorgen wissen!« — indem sie einmal bei »einfachen Leuten« übernachten. Die Quartiergeber werden den Mund fest verschlossen halten, denn ein Wink

des Propaganda-Volksgenossen lockt den Henker herbei. »Von den Nöten und Sorgen wissen!« — wenn sie eines Tages wirklich etwas darüber erfahren, werden sie längst nicht mehr wagen, den »einfachen Leuten« ins Haus zu laufen.

Der Zauberlehrling

Ein Redakteur des nationalistischen Frontkämpferblattes »Fridericus« grämt sich:

»Traff ich kürzlich ein paar junge Männer — Jahrgang 1926 —, die sangen ein rauhes Lied. Sangens mit vom herannahenden Stimmbruch bedrohter Kehle und schauten kriegerisch in die Welt. Und mögen die Alten auch schelten, Wir lassen sie toben und schreien, Und stemmen sich gegen uns Welten, Wir werden doch Sieger sein!

Sangens mit lauter Stimme, stampften dabei im festen Schritt und Tritt, sahen mich herausfordernd an: So, dem alten fetten Esel hätten wir's ja gründlich besorgt.«

Aber Kinder, jammert der »alte Esel«, ihr werdet doch nicht... Wir haben doch bei Langemarck und vor Verdun und an der Somme... Und alles für euch... »Na ja,« werden die rauhen jungen Männer antworten, »aber dann habt Ihr uns gelehrt, auf die deutsche Vergangenheit zu spucken, alles durch den Dreck zu ziehen, was vor uns war, Kriegsinvalide in den Konzentrationslagern bis aufs Blut zu peitschen, weil sie eine andere Meinung hatten als wir. Was gehts uns an, wenn der Dreckstrahl auch euch trifft, die ihr die ganze Sauce bereitet habt?« — Und wenn die Burschen das sagen, haben sie recht. Der »alte Esel« wird sich abfinden müssen.

Hitlers Agenten in Spanien:

Admiral Canaris und General Faupel — Franco im Netz der deutschen Spinne

Mit welcher Art von Scheinkonzession die beiden faschistischen Interventionsmächte versuchen werden, von dem drohenden »Nein« der Westdemokratien in der Spanienfrage etwas abzuhandeln, läßt sich zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, noch nicht übersehen. Daß sie an keinen ernsthaften Rückzug aus dem spanischen Abenteuer denken, brauchte nach vier Jahren Vertrags- und Wortbruch eigentlich nicht mehr bewiesen zu werden. Aber im Gegensatz zu dem lärmenden Rom ist die Berliner Regierung mit einigem Erfolg dabei, sich aus der Schußlinie zu manövrieren, indem sie durch ein Entgegenkommen in unverbindlichen diplomatischen Phrasen mit einem möglichen Desinteressement an Spanien jongliert, um die endlich erwachte Hellhörigkeit der Westmächte wieder einzuschläfern.

Deutschlands „Reserve“

Diese Haltung des Reiches ist nicht neu. Während Mussolini in den letzten Monaten offen die Taten der italienischen »Freiwilligen« in Spanien pries und brutal verkündete, daß nur noch die Kanonen (seine Kanonen!) die Entscheidung bringen würden, hat Berlin nach Möglichkeit über diesen ganzen Fragenkomplex geschwiegen. So unbestritten die aktive deutsche Beteiligung am Franco-Verbrechen war und so hemmungslos Berlin dort, wo es wie bei der Seekontrolle als »Neutraler« auftrat, gegen das demokratische Spanien Schlag auf Schlag führte, so sehr hat es sich doch angelegen sein lassen, Art und Umfang seines direkten Eingreifens in Franco-Spanien mit einem Schleier des Halbdunkels zu umgeben.

Natürlich war Berlin weit entfernt von wirklicher Zurückhaltung. Der Brutalität des hitlerischen Zufalls-Bekennnisses, daß Deutschland für Spaniens Erz Spaniens Freiheit erwürgen helfe, entsprach auch der Machteinsatz des Reiches, wie er dann in dem Verbrechen gegen Guernica für einen Moment erschreckend zutage trat. Aber Guernica blieb auch nur eine einmalige, schnell bereute Demaskierung. Im allgemeinen ist Berlin anders vorgegangen als das mit seinen spanischen Erfolgen prunkende Rom. Es hat von Anfang an auf weitere Sicht gearbeitet.

In der ganz richtigen Erkenntnis, daß jede offene territoriale Festsetzung auf spanischem Boden schließlich doch auf gefährlichen Widerstand seitens Englands und Frankreichs stoßen werde, hat das Reich es vorgezogen, Spanien auch auf andere, unsichtbare Weise zu »durchdringen«. Die Männer, in deren Hand Hitler diese Aufgabe gelegt hat, sind der Admiral Canaris und der General Faupel.

Auf vertrautem Boden

Fransösische Blätter, darunter das »Oeuvre«, brachten vor einiger Zeit die kurze Nachricht, daß Admiral Canaris, der »Chef des II. Büros in der Wilhelmstraße«, auf der Rückreise von Spanien in Paris geweilt habe. Canaris, so hieß es weiter, sei in Salamanca gewesen, wo er »in besonderer Mission« für General Franco tätig gewesen sei.

Canaris in Spanien! Für jeden Kenner der deutschen Kriegs- und Nachkriegsgeschichte bedeutete diese Nachricht eine Sensation. Denn wie ein Verbrecher an den Ort seiner Tat, war hier ein Mann auf den Boden seiner langjährigen Tätigkeit zurückgekehrt, auf ein Terrain, das er wie kein zweiter kennt.

»Spanische Arbeit« hat Canaris wirklich von der Pike auf gelernt. Während des Weltkrieges kam der junge Seeoffizier der von seinen griechischen Vorfahren Schlaueit und Beweglichkeit erbte, erstmalig in einer »Spezialmission« in dieses Land. Für das von der englischen Flotte blockierte Kaiserreich war das neutrale Spanien mit seinen langen, schwer zu kontrollierenden Küsten ein idealer Flottenstützpunkt. Canaris bekam die Aufgabe, hier sorgfältig getarnte U-Bootbasen zu errichten. Immer half dabei das Geld und oft auch die Beziehung zu gewissen deutschfreundlichen Kreisen des Adels und der Hofgesellschaft, die sich um die Königinmutter, eine Oesterreicherin, gruppierten. Und wo es einmal mit der Intrigue zur Beseitigung unbequemer Personen nicht klappte, da machte ein Schuß auf

einsamer nächtlicher Straße auch ganz gute Arbeit.

In dieser Luft wuchs Canaris. Uebergehen wir einige, für unseren Zusammenhang nicht wichtige Taten des Mannes, so die Affäre mit der Agentin »H 21«, der berühmten Mata Hari, die als Opfer canarischer Skrupellosigkeit am Pfahl zu Vincennes starb. Auch seine Tätigkeit als Leiter der »Marinestation Ostsee«, wo er während des Kappstreiches ein Terrorregiment gegen die Republikaner führt und Verräter »umlegen« läßt, sei nur am Rande vermerkt. Denn spätestens 1925 finden wir Canaris wieder bei seiner alten Liebe, bei Spanien.

Der mittlerweile zum Korvettenkapitän Avancierte sitzt um diese Zeit in Berlin in einem Büro mit der harmlosen Aufschrift »Seetransport-Abteilung«. Man wäre auf ihn und sein Wirken wohl nie aufmerksam geworden, wenn nicht 1927 die reaktionäre »Phöbus-Film-Gesellschaft« Pleite gemacht hätte, wobei sich herausstellte, daß nicht nur 1,5 Millionen Mark verloren waren, die der Kapitän Lohmann (ein Agent des Canaris!) in das Unternehmen gesteckt hatte, sondern auch eine weitere Bürgschaft der Marineleitung in Höhe von 5 Millionen Mark. Bei näherer Untersuchung stellte sich nun heraus, daß Canaris riesige »Geheimfonds« verwaltete, von denen weder der Reichstag noch die Parteien etwas wußten.

Die geheime Aufgabe des Canaris war die Finanzierung der verbotenen deutschen Aufrüstung, die damals durch gekaufte Werke in verschiedenen neutralen Ländern vorgenommen wurde. Verzichten wir auf die Wiedergabe von Einzelheiten über solche Rüstungsmanipulationen etwa in Schweden und Holland, für unseren Zusammenhang sehr interessant ist hingegen die Arbeit des Canaris in — Spanien. Hier ist es vor allem die große Eschevaritawerft in Cadix, zu der seine Beziehungen gehen und die für Deutschland die verbotenen U-Boote baut. In Tenerifa finanziert er eine geheime deutsche Marinestation, die wiederum als Abnehmerin der geheimen holländischen Torpedo-Produktion auftritt. Den genauen Umfang dieser Canaris-Geschäfte hat die deutsche Öffentlichkeit nie erfahren. Eine einzige Rechnung, die von einer englischen Firma Ende 1927 präsentiert wurde, lautete auf 20 Millionen Mark.

Die Mission des Dr. Rauh

Seit dem Siege Hitlers ist der vielgewandte Canaris einer der wichtigsten Vertrauensleute des Führers geworden. Der hat ihn zum Admiral avancieren lassen und ihm auch die Leitung des »II. Büros« übertragen, der deutschen Nachrichten- und Spionagenzentrale.

Diese Funktion war es denn auch, die Canaris in diesem Jahr des spanischen Bürgerkrieges verschiedentlich zu Franco führte. Der unfähige faschistische Putschgeneral nahm mit Freuden das deutsche Angebot an, ihm einen kompletten »Nachrichtenapparat« aufzubauen. Wie mit den Territorien und Bodenschätzen seines Vaterlandes, wirft der Abenteurer Franco auch mit wichtigen Hoheitsrechten um sich und verhökerte an Canaris das sonst von allen Staaten sorgsam gehütete Recht des Einblicks in die intimsten Staatsgeheimnisse. Ueber die konkreten Abmachungen zwischen Franco und Canaris ist so viel bekannt geworden, daß im Hauptquartier zu Salamanca nun ein Spezialagent des II. Büros seine Tätigkeit aufgenommen hat, der Dr. Karl Rauh, der dort mit deutschen und spanischen Kräften einen »Informationsdienst« organisiert. Heute ist dieser Apparat vorwiegend auf militärische Aufgaben eingestellt und beschränkt sich für Deutschland auf den Henkerdienst, ihm gefangene deutsche Spanienkämpfer ans Messer zu liefern; morgen aber schon soll er nach dem Wunsche Berlins der große unsichtbare Stützpunkt des Hitlerreiches in einem Francospanien sein, der Organisator deutscher U-Boot- und Luftbasen, ein hochbedeutsamer Abhör-Apparat nahe der Herzader des britischen Weltreiches.

Der Bürgerkriegsspezialist

Im Gegensatz zu Canaris ist General Wilhelm Faupel ein militärischer Fachmann, erfahren in jeder Form von Krieg, besonders aber in der Spezialisierung,

die er in den wenigen bekannt gewordenen Etappen seiner Laufbahn besonders gepflegt hat, im Bürgerkrieg. 1919 führte Faupel seinen Landsknechtsthaufen gegen München, 1920 nahm sein Freikorps am Kampf gegen die Armee der Ruhrarbeiter teil, die sich damals zur Abwehr des Kappabenteuers gebildet hatte. Also ein Mann, der Franco viel zu sagen hatte, als ihn Hitler vor Jahresfrist zum deutschen »Sondergesandten« bei der »nationalen« Burgosregierung ernannte, ein Amt, das in Wirklichkeit nur schlecht die wahre Aufgabe eines militärischen Beraters verschleierte. Faupel war es denn auch, der die deutschen Fliegerkorps gegen Madrid und gegen das unglickliche Baskenland kommandierte.

Faupels Beziehungen zu Spanien sind — genau wie bei Canaris — übrigens älter als der spanische Bürgerkrieg. Vielleicht wird es später einmal gelingen, die wahren Wurzeln des Franco-Verbrechens aufzudecken. Dann wird man zweifellos an mehr als einer Stelle auf den Namen Faupel stoßen. Bereits im Jahre 1934, also zwei Jahre vor Beginn des Bürgerkrieges, ist da eine spanische Militärzeitschrift gegründet worden. Ihr Titel lautet »Ejercito-Marina-Aviacion«. Das wäre an sich nichts besonders erwähnenswertes, aber diese eigenartige spanische Zeitschrift erschien, wohl eine einzigartige Erscheinung in der Militärliteratur, nicht im Lande selber, sondern — in Berlin. Ihr Herausgeber war General Faupel! Geschrieben von deutschen Offizie-

ren und finanziert durch die Inserate der deutschen Rüstungsfirmen, stellte diese Zeitschrift die erste, vorsichtig verschleierte Verbindung zwischen Faupel und dem reaktionären spanischen Offizierskorps her. Mit ihrer Hilfe begann das hitleristische Deutschland seinen, wie sich dann herausstellte, gegliederten Versuch, die ganze Führung der Armee eines andern Landes unter seinen geistigen Einfluß zu bringen.

Auch in strategischer Hinsicht ist die direkte Einwirkung Faupels auf die Haltung des französischen Hauptquartiers unverkennbar. Francisco Basterrechea, der Leiter der baskischen Delegation in Paris, hat es vor Wochen offen ausgesprochen, daß prompt nach dem Scheitern geheimer Annäherungsversuche der Agenten Faupels und Canaris an die baskische Regierung der mörderische Vorstoß gegen das Baskenland einsetzen.

Die unsichtbare Okkupation

Es besteht wohl kaum die geringste Aussicht, daß sich die illusionären Pläne einer Zurückziehung der spanischen Freiwilligenarmeen je verwirklichen. Aber nehmen wir selbst einmal diesen unwahrscheinlichen Fall als möglich an — die Apparate der Herren Canaris und Faupel werden sich jeder Kontrolle zu entziehen wissen. Im Falle eines Sieges der Franco-Faschisten wird Deutschland mit ihrer Hilfe eine unsichtbare Okkupation spanischen Gebietes aufrechterhalten können, die kein neutraler Beobachter jemals aufspüren könnte. M.

Sozialhenker Ley:

Arbeitsfront als Scharfmaderknecht

In Würzburg hat dieser Tage eine »Arbeitsfronttagung des Sozialamtes der DAF« stattgefunden, über welche die »Deutsche Arbeitskorrrespondenz, Ley's Hauszeitung, in ihrer Ausgabe vom 30. Juni da offiziell berichtet. Dem Bericht ist folgendes zu entnehmen:

1. Zur Lohnfrage aus einem ersten Referat, das dort ein nicht näher mit Namen benannter »Amtswalter« hielt:

»Erst wenn die Leistung der einzige Maßstab der sozialen Rangordnung ist, kann ein wirklich gerechter Leistungslohn gezahlt werden. Dieser Leistungslohn kann aber nur innerbetrieblich festgesetzt und nicht durch Gesetz oder Verordnung bestimmt werden. Es kommt nicht darauf an, ein ganz neues System der Lohnberechnung zu finden, sondern es kommt darauf an, den vorhandenen Begriff von den Schacken der liberalen Zeit zu säubern. Der Aufbau des gerechten Leistungslohnes ist in erster Linie eine Erziehungsaufgabe der DAF.«

Wenn Worte einen Sinn haben, kann das nur bedeuten, daß es im Dritten Reich ein Tariffrecht auch nicht mehr auf dem Papier geben wird. »Innerbetrieblich« und ohne »Gesetz und Verordnung« steht dann der Arbeiter wieder genau da, wo er um das Jahr 1840 stand! Manchester in höllischer Neuauflage, weil das alles sich ja nicht mehr im patriarchalischen Feudalstaat, sondern im großen Kerkerhof einer modernen Diktatur abspielen soll! Das »Erziehungswerk der DAF« aber — und auch das ist ganz deutlich — besteht eben darin, die staatsapparatellen Voraussetzungen für das Gelingen des Verbrechens immer bei der Hand zu haben!

2. Zur Sozialfrage aus einem zweiten Referat, das der »Hauptdienstleiter« Schmeer, Mitglied des Reichstages und Preußischen Staatesrates, früher ein berechtigter Berufs-Fürsorgeempfänger in seiner Heimatgemeinde Aachen, hielt:

»Hauptdienstleiter Schmeer kam dann auf die Sozialversicherung zu sprechen. Die Sozialversicherung in ihrer heutigen Form ist falsch. Der Irrtum liegt in der Voraussetzung. Wenn sich, wie es hier der Fall ist, die Voraussetzungen grundlegend geändert haben, können nicht die gleichen Forderungen und Dinge ewig weiter bestehen, die zu Zeit Bismarcks notwendig gewesen sein mögen. Mit einer Reform von Teilgebieten und Sanierungen allein ist hier nichts getan. Der Wandel muß grundlegend sein. Wir müssen unsere Sozialpolitik von der Wirtschaft her bestellen! Aus diesem Zustand geht aber hervor, daß durch Gesetze oder gesetzgeberische Tätigkeit nur wenig geschaffen werden kann, weil Gesetze nur einen Sinn haben, wenn sie allgemein durchgeführt werden können. Wir sind aber gezwungen, uns

mit den Verhältnissen des einzelnen Betriebes auseinanderzusetzen. Wir kommen also immer wieder auf die Wirtschaft zurück.«

Auch hier kommt das zynische Anerkennen der Arbeitsfront-Gangster an die kapitalistische Nutznießer des Regimes, ihnen die Last solcher Einrichtungen abzunehmen, die sich schon seit zwei Generationen in Deutschland bewährt haben und seinen besonderen Stolz und seine nationale Kraft ausmachen, ganz unverhüllt zum Ausdruck. Wieder ist es allein der Kapitalist und der Einzelprofit (»die Verhältnisse des einzelnen Betriebes« nach Schmeer), die das soziale Bild bestimmen sollen. Durch Gesetzlosigkeit zurück zum Elendsquartier, zur Weibertücherlose, zum Hungertypus in den Slums der Großstadt!

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia. Kontrollpostamt: Postovní úřad Karlovy Vary 3. — Aufgabepostamt Karlsbad 3.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kc 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kc 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kc 2.— (Kc 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2.45 (29.50), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guild. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Czechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2929. Jugoslawien: Anglo-Czechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.